



500a

V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

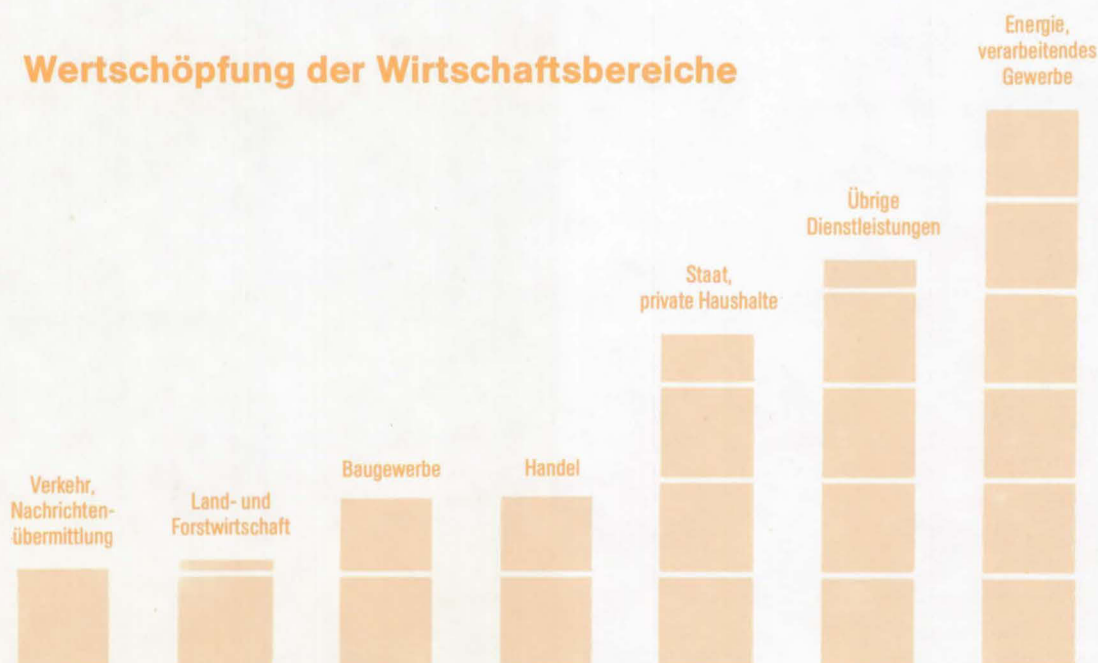
33. Jahrgang · Heft 2

Februar 1981

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1981
Aufsätze: Bundestagswahl 1980 (Teil 2)
Gemeinden und Ämter
Arbeitsmarkt seit 1975 (Teil 2)

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Dezember 1980		Januar bis Dezember 1980	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	182	+ 0,6	183	+ 2,0
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	18	+ 0,9	19	+ 1,4
Löhne und Gehälter	Mill. DM	532	+ 12,9	489	+ 10,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 990	+ 17,5	2 595	+ 8,9
Auftragseingang in ausgewählten Wirtschaftszweigen	Mill. DM	1 623	+ 28,5	1 395	+ 12,1
darunter Ausland	Mill. DM	647	+ 106,2	385	+ 22,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE	259	+ 1,1	236	+ 4,2
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	56	- 0,3	58	+ 0,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	- 15,9	7	+ 1,5
Löhne und Gehälter	Mill. DM	110	+ 0,3	138	+ 9,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	682	+ 19,2	417	+ 25,8
Auftragseingang ³	Mill. DM	196	+ 6,0	251	- 2,4
		November 1980		Januar bis November 1980	
Wohnbau	Wohnungen	1 134	- 25,6	1 493	- 5,9
Nichtwohnbau	1 000m ³ Rauminhalt	455	- 27,7	679	- 0,1
		Dezember 1980		Januar bis Dezember 1980	
Einzelhandel					
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1970 = 100	291	+ 7,9	222	+ 4,6
Gastgewerbe					
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1970 = 100	152	+ 8,0	185	+ 6,4
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	53 336	+ 28,2	39 736	+ 1,4
		November 1980		Januar bis November 1980	
Ausfuhr	Mill. DM	431	- 14,7	510	+ 11,7
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	431	- 9,4	500	+ 13,9
Fremdenverkehr					
Fremdenmeldungen	1 000	110	- 0,6	264	+ 4,9
Fremdenübernachtungen	1 000	429	+ 1,7	2 041	+ 4,2
Kredite⁵					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 440	+ 14,2	8 157	+ 17,7
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	32 231	+ 12,0	30 757	+ 13,1

1) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 (ab Januar 1979) 2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

33. Jahrgang · Heft 2

Februar 1981

Aktuelle Auslese



Baugenehmigungen rückläufig

Im Jahre 1980 wurden von den Baubehörden des Landes 18 373 Wohnungen zum Neubau freigegeben, weitere 582 sollen durch Baumaßnahmen an bereits vorhandenen Gebäuden entstehen. Das Gesamtergebnis von nicht ganz 19 000 genehmigten Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau liegt um 1,7 % unter dem des Jahres 1979. Der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern, in denen fast zwei Drittel aller neuen Wohnungen entstehen sollen, ging gegenüber 1979 um 13 % der genehmigten Wohnungen erheblich zurück. Für den mehrgeschossigen Wohnungsbau wurden 559 neue Gebäude mit 6 411 Wohnungen freigegeben, das sind 21 % Wohnungen mehr als 1979. Der Anteil dieser Wohnungen am Neubau von Wohngebäuden war bereits 1979 leicht gestiegen, er erhöhte sich 1980 um weitere 8 Prozentpunkte auf nunmehr 36 %.

Im Nichtwohnbau blieb das Genehmigungsergebnis 1980 nach dem Rauminhalt (- 1,4 %) wie nach der Nutzfläche (- 2,7 %) in ähnlichem Ausmaß wie im Wohnbau hinter den Zahlen von 1979 zurück.



1980: Belebung im verarbeitenden Gewerbe

Die wirtschaftliche Entwicklung des schleswig-holsteinischen verarbeitenden Gewerbes nahm 1980 einen recht guten Verlauf. Die Veränderungsrate gegenüber 1979 sind durchweg positiv und liegen zum Teil erheblich über denen für das Bundesgebiet.

Mit rund 183 000 Beschäftigten erhöhte sich 1980 der Personaleinsatz in den Betrieben (mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) im Jahresdurchschnitt um 3 600 Personen oder 2 %. Das ist deshalb so bemerkenswert, weil diese Wirtschaftsabteilung in den 70er Jahren kontinuierlich Personal freigesetzt hatte, und zwar ins-

gesamt rund 27 000 Personen oder 13 %. Aus seinen Erzeugnissen und Leistungen erwirtschaftete das verarbeitende Gewerbe Erlöse in Höhe von 31 Mrd. DM, das sind 9 % mehr als 1979. Berücksichtigt man die Inflationsrate, so verbleibt ein reales Plus von etwa 3 %. Der Umsatz aus dem Export (+ 13 %) stieg überproportional an. Der Wert der hereingenommenen Aufträge war 1980 um 12 % größer als 1979. Wenn dies auch nicht für das gesamte verarbeitende Gewerbe gilt (beispielsweise nicht für den Nahrungs- und Genussmittelbereich), so spiegelt der Anstieg der Ordertätigkeit doch die Belebungsstendenzen im Berichtsjahr wider; er wird auch noch, zumindest in Teilbereichen, den Einstieg in das Jahr 1981 begünstigen.

Der Energiehaushalt des verarbeitenden Gewerbes ist 1980 erheblich in Bewegung gekommen: Der Einsatz von leichtem Heizöl (- 28 %) und Gas (- 5 %) ist zugunsten der Kohle (+ 58 %) kräftig eingeschränkt worden.



Leichte Beschäftigungszunahme im Handwerk

Das Handwerk erhöhte auch 1980 seinen Personalbestand. Hatte jedoch die Zahl der in den schleswig-holsteinischen Unternehmen des Handwerks im Jahresdurchschnitt 1979 tätigen Personen um reichlich 5 % höher gelegen als 1978, so betrug diese Zuwachsrate 1980 noch nicht einmal 1 %. Ende 1980 beschäftigte das Handwerk sogar weniger Personen als ein Jahr zuvor (- 1 %). Die Ergebnisse der repräsentativen Berichterstattung machen deutlich, daß hierfür rückläufige Beschäftigtenzahlen im Bauhandwerk (- 2,5 %) sowie im verarbeitenden Handwerk (- 0,8 %) verantwortlich sind. Die Unternehmen, in denen der Handel dominiert, haben dagegen ihren Bestand an Beschäftigten in Jahresfrist erheblich aufgestockt (+ 5 %); das gilt abgeschwächt auch für das Dienstleistungshandwerk (+ 3 %).

Die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980

Teil 2

Ergebnisse in den politischen Kreisen

Von den 1,93 Millionen Personen, die zur Bundestagswahl 1980 stimmberechtigt waren, wohnten 485 000 oder ein Viertel in den vier kreisfreien Städten und über 1,4 Millionen oder drei Viertel in den elf Kreisen. Der Anteil der kreisfreien Städte hat sich abermals vermindert. Hier ging die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 1976 um fast 11 000 oder 2,2 % zurück, während sie in den Kreisen um 75 000 oder 5,5 % stieg. Der Rückgang tritt in allen kreisfreien Städten auf; am größten war er in der Landeshauptstadt Kiel mit 5 600 oder 2,9 %. Von den Kreisen wiesen alle eine größere Zahl als 1976 auf. Besonders hoch war die Zunahme im Kreis Segeberg mit gut 13 000 oder 9,8 %.

Die Wahlbeteiligung ist nach wie vor in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten. Der Abstand ist sogar größer als 1976, da die Wahlbeteiligung in den

kreisfreien Städten stärker zurückgegangen ist als in den Kreisen. Insgesamt verminderte sie sich von 90,6 % auf 89,0 %, in den kreisfreien Städten von 89,4 % auf 87,5 % und in den Kreisen von 91,0 % auf 89,5 %. An der Spitze der Wahlbeteiligungsskala stehen Plön (91,4 %) vor Stormarn (90,8 %) und Pinneberg (90,6 %). Diese Kreise waren auch 1976 in der Spitzengruppe. Die letzten Plätze nehmen Nordfriesland (85,9 %) und Flensburg (86,5 %) ein. Es ist das übliche Süd-Nord-Gefälle in der Wahlbeteiligung feststellbar.

Die SPD ist nach dem Zweitstimmenergebnis in allen kreisfreien Städten und Kreisen die stärkste Partei. In den kreisfreien Städten konnte sie ihre absolute Mehrheit halten — in Lübeck und Neumünster sogar verstärken — und in den Kreisen, die erstmals 1972 erungene Mehrheit zurückerobern. Die SPD schnitt nur in Flensburg, Kiel und Hzgt. Lauenburg schlechter als 1976 ab. Am stärksten verbesserte sie sich in Steinburg. Dort stieg ihr Zweitstimmenanteil um 1,9 Prozent-

Die Bundestagswahl 1976 und 1980 in den politischen Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Wahlbeteiligung		Von den gültigen Zweitstimmen entfallen auf					
	1976	1980	SPD		CDU		FDP	
			1976	1980	1976	1980	1976	1980
	in %		in %					
FLensburg	87,7	86,5	54,9	53,7	35,6	31,6	8,8	13,0
KIEL	89,6	88,1	54,6	54,0	36,1	32,2	8,4	11,8
LÜBECK	89,8	87,4	51,4	51,7	40,0	35,5	7,8	11,3
NEUMÜNSTER	89,2	87,5	50,9	51,9	40,9	35,9	7,6	10,5
Zusammen	89,4	87,5	53,0	52,8	38,0	33,8	8,1	11,6
Dithmarschen	90,2	88,8	42,9	44,4	49,1	43,6	7,3	10,5
Hzgt. Lauenburg	91,9	90,0	44,5	44,4	46,3	41,6	8,5	12,3
Nordfriesland	88,2	85,9	42,5	43,4	47,3	41,4	9,5	13,2
Ostholstein	90,7	89,7	45,5	46,1	46,2	41,3	7,6	11,3
Pinneberg	92,1	90,6	44,6	45,1	44,2	38,0	10,5	14,9
Plön	92,4	91,4	46,3	46,5	45,3	40,3	7,6	11,5
Rendsburg-Eckernförde	90,4	89,6	45,6	45,7	45,5	40,4	8,3	12,3
Schleswig-Flensburg	89,7	88,8	43,5	43,7	47,4	42,3	8,5	12,1
Segeberg	91,4	89,5	41,4	42,6	46,9	40,4	11,0	15,4
Steinburg	91,1	89,0	44,7	46,6	47,0	40,5	7,4	11,2
Stormarn	92,5	90,8	42,6	42,8	45,7	39,1	11,0	16,1
Zusammen	91,0	89,5	44,0	44,6	46,3	40,6	9,0	13,1
Schleswig-Holstein	90,6	89,0	46,4	46,7	44,1	38,9	8,8	12,7

INHALT 2/81

	Seite
Aktuelle Auslese	25
Aufsätze	
Die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 (Teil 2)	26
Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Ämter	35
Die Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein (Teil 2)	42
Grafik des Monats	36
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) ..	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 8/1980

Auftragseingang und -bestand
Studienanfänger

Heft 9/1980

Behinderte
Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz

Heft 10/1980

Personal im öffentlichen Dienst
Arbeitsmarkt seit 1975 (Teil 1)
Lehramtsprüfungen

Heft 11/12-1980

Bundestagswahl 1980 (Teil 1)
Ehescheidungen
Baulandmarkt
Betriebsgrößen

Heft 1/1981

Urlaubsreisen
Handwerksstatistik ab 1977
Geflügelhaltung

punkte auf 46,6 %. Das ist gleichzeitig das höchste SPD-Ergebnis unter den Kreisen. Unter den kreisfreien Städten sprang für sie das günstigste Ergebnis in Kiel mit 54,0 % heraus. In den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen hatte Flensburg die Spitzenposition eingenommen. Die SPD hat es allein den Wählern in den Kreisen zu verdanken, daß sie ihre Position gegenüber 1976 verbessern konnte. Hier stieg ihr Anteil um 0,6 Punkte, während er in den kreisfreien Städten um 0,2 Punkte zurückging.

Die CDU belegt nicht nur in allen kreisfreien Städten, sondern auch in allen Kreisen den 2. Platz. Sie mußte überall deutliche Verluste gegenüber 1976 hinnehmen. Ihr Zweitstimmenanteil ging in den kreisfreien Städten um 4,2 Punkte auf 33,8 % und in den Kreisen um 5,7 Punkte auf 40,6 % zurück. Selbst bei der für sie ungünstigen Bundestagswahl 1972 hat die CDU nicht so schlecht abgeschnitten wie dieses Mal. Damals war die CDU immerhin noch in vier Kreisen die stärkste Partei. Am 5. Oktober 1980 sank ihr Zweitstimmenanteil in zwei Kreisen, und zwar in Pinneberg (38,0 %) und Stormarn (39,1 %) unter 40 % und sie übersprang in keiner kreisfreien Stadt mehr diese Marke. In Kiel (32,2 %) und Flensburg (31,6 %) nähert sie sich sogar der 30%-Linie. Im Kreis Dithmarschen erzielte die CDU wie 1976 das beste Ergebnis. Vor vier Jahren kam sie allerdings nahe an die absolute Mehrheit (49,1 %), während es jetzt nur 43,6 % sind. Der Rückstand zur SPD hat sich in den kreisfreien Städten von 15 auf 19 Punkte erhöht und in den Kreisen hat sich der Vorsprung von 2,3 Punkten in einen Rückstand von 4 Punkten gewandelt.

Die FDP verbesserte sich in allen kreisfreien Städten und Kreisen gegenüber 1976. Ihre Zweitstimmenanteile machen überall mehr oder weniger deutlich über 10 % aus. Die meisten Zweitstimmen erhielt sie wie bisher in den an Hamburg angrenzenden Kreisen, nämlich in Stormarn (16,1 %), Segeberg (15,4 %) und Pinneberg (14,9 %). In den kreisfreien Städten stieg ihr Anteil um 3,5 Punkte auf 11,6 % und in den Kreisen um 4,1 Punkte auf 13,1 %. Bemerkenswert ist, daß die Zweitstimmenanteile der FDP seit der letzten Bundestagswahl in den Kreisen höher sind als in den kreisfreien Städten; 1972 war es noch umgekehrt.

Da es sich hier um Kreisergebnisse handelt, ist ein Vergleich mit der Kreiswahl 1978 naheliegend, obwohl ein solcher Vergleich schon wegen der Andersartigkeit des Wahlsystems problematisch ist. Außerdem zeigt sich deutlich, daß die Schleswig-Holsteiner sehr wohl unterscheiden, ob es sich um eine Wahl handelt, die kommunale, Landes- oder Bundeszwecke betrifft.

Da nach solchen Vergleichen häufig gefragt wird und sie auch angestellt werden, soll hier trotz aller Einschränkungen kurz darauf eingegangen werden.

	Wahl- betei- ligung in %	Stimmenanteile der		
		SPD	CDU	FDP
		in %		
Kreiswahl 1978	78,3	40,5	49,2	7,3
Bundestagswahl 1980	89,0	46,7	38,9	12,7

Die Wahlbeteiligung ist bei Bundestagswahlen deutlich höher als bei Kreiswahlen. Der Abstand macht in der Regel um zehn Prozentpunkte aus. Dieses Mal sind es 10,7 Punkte gewesen. Es sind 1980 über 250 000 Personen mehr zur Wahl gegangen als bei der Kreiswahl 1978. Rein rechnerisch hat die SPD am meisten davon profitiert. Sie erhielt nämlich gut 200 000 Stimmen mehr als bei der Kreiswahl. Insgesamt verbesserte sie sich um 6,2 Punkte, in den kreisfreien Städten um 6,3 Punkte und in den Kreisen um 6,1 Punkte. Während die SPD 1978 nur in Kiel und Neumünster die meisten Stimmen erhielt, liegt sie 1980, wie schon beschrieben, in allen kreisfreien Städten und Kreisen vorn. In den Ratsversammlungen der kreisfreien Städte würde sie über die absolute Mehrheit der Sitze verfügen.

Die CDU mußte hohe Verluste hinnehmen. Insgesamt sowie in den kreisfreien Städten und in den Kreisen verschlechterte sie sich um jeweils 10,3 Punkte. Bei der Kreiswahl 1978 hatte sie in fast allen Kreisen und in den Kreisen insgesamt die absolute Mehrheit erzielt und in Flensburg und Lübeck den 1. Platz eingenommen, nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1980 liegt sie nirgends vorn. Der Vorsprung von 8,7 Punkten gegenüber der SPD hat sich in einen Rückstand von 7,8 Punkten gewandelt.

Die FDP kam bei der Bundestagswahl 1980 auf einen Zweitstimmenanteil von 12,7 %; das sind 5,4 Punkte mehr als bei der Kreiswahl 1978. In den kreisfreien Städten macht der Zuwachs 6,1 Punkte aus und in den Kreisen 5,2 Punkte. Sie verbesserte sich in allen kreisfreien Städten und Kreisen. Während sie 1978 in Flensburg und Steinburg unter der 5%-Grenze lag und nur in Segeberg mehr als 10 % der Stimmen erhielt, übertraf sie 1980 diesen Wert überall mehr oder weniger deutlich.

Ergebnisse in den großen kreisangehörigen Gemeinden

In den kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern war die Wahlbeteiligung sowohl bei der Bundestagswahl 1976 (91,0 %) als auch 1980 (89,4 %) höher als im Landesdurchschnitt, und zwar um 0,4 Prozent-Punkte. Am wahlfreudigsten waren die Bürger in Kronshagen. Sie nahmen 1976 mit 93,8 % und 1980 mit 93,0 % den 1. Platz ein, den sie allerdings 1976 mit Stockelsdorf teilen mußten. An 2. Stelle standen 1980 Halstenbek (92,5 %) und 1976 Reinbek (93,5 %). Das geringste Interesse an der Wahl zeigten sowohl 1976 (86,1 %) als auch 1980 (85,5 %) die Einwohner von Rendsburg.

Die SPD schnitt in diesen 43 Gemeinden, die gut drei Zehntel aller Wahlberechtigten stellen, insgesamt nicht ganz so günstig wie im Landesdurchschnitt ab. Sie erhielt hier bei der Bundestagswahl 1980 46,5 % der Zweitstimmen gegenüber 46,7 % im Land und 1976 lautete der Vergleich 46,0 % zu 46,4 %. Sie liegt aber 1976 um 2,8 Punkte vor der CDU und 1980 sogar um 9,1 Punkte. In jeder dritten von diesen Gemeinden, nämlich in 14, kam die SPD 1980 auf einen Zweitstimmenanteil von über der Hälfte. In 11 von ihnen hatte sie dieses Ergebnis auch 1976 erreicht. In den meisten Gemeinden konnte sich die SPD gegenüber 1976 verbessern. Bemerkenswert ist, daß sie fast ausnahmslos in den Gemeinden, in denen sie 1976 gut abgeschnitten hatte, Stimmengewinne verbuchen konnte und in den Gemeinden, in denen sie 1976 nicht so gut abgeschnitten hatte, Stimmenverluste hinnehmen mußte. Die SPD konnte also ihre Hochburgen nicht nur halten, sondern in der Regel sogar verstärken. Den höchsten Zweitstimmenanteil weist die SPD sowohl 1976 als auch 1980 in Büdelsdorf mit 57,9 % und 57,6 % auf; den niedrigsten 1976 in Wentorf bei Hamburg mit 36,1 % und 1980 in Timmendorfer Strand mit 34,8 %.

Auch die CDU blieb in den großen kreisangehörigen Gemeinden unter ihrem Landesergebnis. Sie erhielt hier 1980 nur 37,4 % der Zweitstimmen gegenüber 38,9 % in ganz Schleswig-Holstein, 1976 waren es 43,2 % gegenüber 44,1 %. Betrachtet man die Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern gesondert, so sieht das Ergebnis noch ungünstiger aus. Dort kam die CDU 1976 auf 41,9 % und 1980 auf 35,9 % der Zweitstimmen. Die CDU verschlechterte sich in allen Gemeinden. Bei der Bundestagswahl 1976 verfügte sie immerhin noch in Malente (50,7 %), Ratzeburg (50,9 %), Plön (52,2 %) und in Timmendorfer Strand (53,2 %) über die absolute Mehrheit der Zweitstim-

men, 1980 ist dies nur noch in Timmendorfer Strand (50,8 %) der Fall. Dies ist auch die Gemeinde, in der sie bei beiden Wahlen das beste Ergebnis erzielte. In zwei Drittel der großen kreisangehörigen Gemeinden, gegenüber einem Fünftel 1976, macht der Zweitstimmenanteil weniger als 40 % aus. In Büdelsdorf sind es sogar 1980 nur 29,2 %. Dort schnitt die CDU auch 1976 am schlechtesten ab (32,8 %).

Die FDP hat in den kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern eine größere Resonanz als im Landesdurchschnitt. 1980 bekam sie hier 14,3 % der Zweitstimmen gegenüber 12,7 % im Landesergebnis und 1976 sind es 10,0 % gegenüber 8,8 % gewesen. Die FDP verbesserte sich in allen Gemeinden deutlich. Während sie 1976 nur in einem Drittel der 43 Gemeinden über 10 % der Zweitstimmen erhielt, ist dies 1980 bis auf Lauenburg in allen Gemeinden über 10 000 Einwohner der Fall. In Lauenburg schnitt sie 1980 mit 9,5 % und 1976 mit 6,5 % am schlechtesten ab. Eine Hochburg der FDP ist dagegen Henstedt-Ulzburg. Hier erzielte sie 1980 mit 20,1 % und 1976 mit 13,8 % ihr Spitzenergebnis.

Von den übrigen Parteien kam in diesen Gemeinden keine auch nur annähernd an die 5%-Grenze heran. Umfassende Einzelergebnisse enthält der Statistische Bericht B VII 1 — 5/80: Die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 in Schleswig-Holstein — Endgültiges Ergebnis — und zwar die Tabelle 7, Wahlergebnisse in den Ämtern (und amtsfreien Gemeinden). In dieser Tabelle sind, wie in den vorstehenden Ergebnissen, die Briefwähler enthalten. Die Briefwahlbezirke sind zur Bundestagswahl 1980 erstmals so eingeteilt worden, daß sich die Briefwähler den Ämtern und amtsfreien Gemeinden zuordnen lassen.

Besondere Gemeindeergebnisse

In diesem Abschnitt sollen die Ergebnisse von Gemeinden mit extremem Wahlausgang dargestellt werden. Die Ergebnisse jeder einzelnen Gemeinde sind in dem eben zitierten Statistischen Bericht in der Tabelle 6 enthalten. Es ist dabei zu beachten, daß es sich nur um Urnenwähler handelt, die Briefwähler also nicht enthalten sind. Da die Parteienpräferenzen der Briefwähler, wie die folgende Übersicht zeigt, anders sind als die der Urnenwähler, können sich in den einzelnen Gemeinden erhebliche Verschiebungen ergeben.

Bei Bundestagswahlen kommt es, anders als bei Gemeindewahlen, selten vor, daß eine Partei in einer Ge-

Landesergebnis	Anteil der gültigen Zweitstimmen in %		
	SPD	CDU	FDP
Urnenwähler	47,4	38,3	12,7
Briefwähler	41,0	43,5	12,7
Insgesamt	46,7	38,9	12,7

meinde alle Stimmen erhält. Bisher hat dies nur die CDU geschafft und auch bei der Bundestagswahl 1980 ist ihr ein solcher totaler Erfolg gelungen. In Süderhöft, Kreis Nordfriesland, erhielt sie alle 12 abgegebenen Erst- und Zweitstimmen. Über 90 % der Zweitstimmen bekam sie noch in Hingstheide, Kreis Steinburg (42 von 45), und Elisabeth-Sophien-Koog, Kreis Nordfriesland (26 von 28). Vier Jahre zuvor hatte die CDU in keiner Gemeinde alle Stimmen erhalten und in Hägen, Kreis Dithmarschen, sowie Elisabeth-Sophien-Koog über 90 % der Zweitstimmen. Gemeinden ohne jede CDU-Stimmen gab es, wie bei den vorangegangenen Wahlen, nicht. Die niedrigsten Anteile sprangen für sie in Vollerwiek, Kreis Nordfriesland, mit 22,8 % (1976: 33,6 %), Arnis, Kreis Schleswig-Flensburg mit 23,1 % (1976: 26,4 %) und Wentorf, Kreis Plön, mit 25,3 % (1976: 29,1 %) heraus.

Der SPD gelang es wie bisher nicht, in einer Gemeinde über 70 % der Zweitstimmen zu erringen. Die größten Stimmenanteile erzielte die SPD in Wendtorf, Kreis Plön, mit 67,0 % (1976: 65,9 %), Lägerdorf, Kreis Steinburg, mit 65,7 % (63,6 %) und Landkirchen auf Fehmarn, Kreis Ostholstein, mit 64,9 % (62,6 %). Diese Gemeinden haben auch 1976 in der SPD-Spitzengruppe gelegen. Demgegenüber erhielt die SPD in drei Gemeinden, die alle im Kreis Nordfriesland liegen, keine Stimme und zwar: Elisabeth-Sophien-Koog, Norderfriedrichskoog und Süderhöft.

Die FDP erzielte in Vollerwiek, Kreis Nordfriesland, mit 37,8 % der Zweitstimmen ihr bestes Ergebnis. Sie weist hier die gleiche Stimmenanzahl auf wie die SPD. Über ein Viertel der Zweitstimmen bekam die FDP noch in Grödersby, Kreis Schleswig-Flensburg (28,6%) und Poppenbüll, Kreis Nordfriesland (27,3 %). In der Spitzengemeinde von 1976 Süderhöft (33,3 %) ging die FDP 1980 dagegen leer aus. Außerdem war dies noch in Holm, Kreis Nordfriesland, Hörsten, Kreis Rendsburg-Eckernförde und Hadenfeld, Kreis Steinburg der Fall.

Von den übrigen Parteien konnten nur die Grünen die 5%-Grenze überspringen und zwar in 9 Gemeinden. Am besten schnitten die Grünen in Stördorf, Kreis Steinburg, mit 7,1 % der Zweitstimmen ab.

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Der § 51 (2) des Bundeswahlgesetzes legt fest, daß in ausgewählten Wahlbezirken das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht zu ermitteln ist. Die Auswahlbezirke werden vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern nach einem Stichprobenverfahren bestimmt. Die Wahlbezirke müssen so groß sein, daß die Stimmabgabe der einzelnen Wähler nicht erkennbar ist. Außerdem dürfen die Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke nicht bekannt gegeben werden.

Die Wahlbeteiligung wird anhand der Wählerverzeichnisse ermittelt. Sie enthalten den Namen, Vornamen und das Geburtsdatum der Wahlberechtigten und den Vermerk, ob ein Wahlschein beantragt oder ob gewählt worden ist. Daraus können nach der Wahl Tabellen angefertigt werden, aus denen die Zahl der Wahlberechtigten – mit und ohne Wahlschein –, der Wähler und Nichtwähler, alle gegliedert nach Geschlecht und 10 Altersgruppen, hervorgeht. Die Tabellen der Wahlbezirke werden im Statistischen Landesamt zu einer Landestabelle konzentriert. Die Feststellung der Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht geschieht mit besonderen Stimmzetteln. Auf ihnen steht ein Schlüsselbuchstabe, der ein Geschlecht und eine von fünf Altersgruppen bedeutet, welche auch im Klartext dabeistehen, zum Beispiel A. Mann, geboren 1956 bis 1962. Jedem Wähler wird ein seinem Geschlecht und seiner Altersgruppe entsprechender Stimmzettel übergeben. Nachdem im Wahlbezirk das Gesamtergebnis der Wahl ohne jede Beachtung des Alters und des Geschlechts festgestellt worden ist, werden die Stimmzettel dem Statistischen Landesamt übersandt. Dort werden die Stimmzettel nach Geschlecht und Alter ausgezählt und zum Landesergebnis kumuliert.

In Schleswig-Holstein werden seit 1953 bei allen Bundes- und Landtagswahlen und seit 1970 auch bei Kreiswahlen solche Stichprobenerhebungen durchgeführt. Zur Bundestagswahl 1980 umfaßte die Stichprobe 96 der 2 685 schleswig-holsteinischen Wahlbezirke (ohne Briefwahlbezirke) und damit 83 000 oder 4,3 % der 1,93 Millionen Wahlberechtigten. Da die Briefwähler wegen einer möglichen Gefährdung des Wahlheimnisses nicht in die Erhebung einbezogen wurden, können die Ergebnisse der Stichprobe nur mit dem Landesergebnis der Urnenwähler verglichen werden. Inwieweit die Aussagen dadurch beeinträchtigt werden, zeigt die folgende Übersicht.

Landes- ergebnis	Wahl- beteiligung	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfallen auf			
		in %	SPD	CDU	FDP
Stichprobe	88,2	47,3	37,7	13,3	1,4
Urnenwähler	88,3	47,4	38,3	12,7	1,2
Alle Wähler	89,0	46,7	38,9	12,7	1,4

Das Stichprobenergebnis stimmt also weitgehend mit dem Ergebnis der Urnenwähler überein. Da die Briefwähler wie üblich eine andere Parteienpräferenz zeigen als die Urnenwähler und weil sie immerhin 11,7 % aller Wähler ausmachen, ist die Abweichung gegenüber dem Landesergebnis einschließlich Briefwahl zwangsläufig größer. Das muß bei den folgenden Ausführungen beachtet werden.

Wahlbeteiligung

Nach dem Stichprobenergebnis gingen 88,2 % der Schleswig-Holsteiner zur Wahlurne. Die Teilnahme an der Wahl war wie bei den vorangegangenen Bundestagswahlen bei Männern (88,2 %) und Frauen (88,1 %) fast gleich hoch. Da es aber mehr wahlberechtigte Frauen (1 Million) als Männer (892 000) gibt, ist der Frauenanteil unter den Nichtwählern weiterhin höher als der der Männer (53,5 % zu 46,5 %).

Das Wahlinteresse steigt wie bisher mit wachsendem Alter. Die jüngeren Wahlberechtigten zeigten wiederum das geringste Interesse an der Wahl. Die 18- bis 20-jährigen gingen jedoch häufiger zur Wahlurne als die 21- bis 24-jährigen. Dies konnte bei allen Wahlen seit 1972, als die 18- bis 20-jährigen erstmals wählen durften, beobachtet werden. Der Unterschied ist zwar nicht

Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht in %

Altersgruppe	Insgesamt	Männer	Frauen
18 bis 20	80,3	80,8	79,8
21 bis 24	77,5	77,8	77,2
25 bis 29	81,9	81,3	82,5
30 bis 34	87,4	85,7	89,1
35 bis 39	89,7	88,2	91,4
40 bis 44	91,4	90,9	91,9
45 bis 49	92,1	92,5	91,8
50 bis 59	92,4	93,0	91,9
60 bis 69	92,2	93,5	91,4
70 und älter	87,0	90,1	85,3
Zusammen	88,2	88,2	88,1

sehr groß (80,3 % zu 77,5 %), aber doch bemerkenswert. Es drängt sich die Vermutung auf, daß der Reiz des Neuen eine Rolle spielt, aber schnell wieder verpufft. Am höchsten ist die Wahlbeteiligung zwischen 45 und 70 Jahre. Obwohl sie bei den 70-jährigen und älteren Wahlberechtigten deutlich abfällt, ist sie dort immer noch höher als bei den unter 30-jährigen. Berücksichtigt man die Briefwähler, so wird der Abstand sogar noch größer, da die älteren Wahlberechtigten viel öfter von der Briefwahl Gebrauch machten als die jüngeren.

Unterscheidet man die Wahlbeteiligung zusätzlich nach dem Geschlecht, so stehen die 21- bis 24-jährigen Männer (77,8 %) und Frauen (77,2 %) am Ende der Wahlbeteiligungsskala. Unter ihnen ist der Anteil der Nichtwähler fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt. An der Spitze stehen die 60- bis 69-jährigen (93,5 %) und 50- bis 59-jährigen (93,0 %) Männer. Erst an vierter Stelle folgen gemeinsam die 50- bis 59-jährigen und 40- bis 44-jährigen Frauen. Die Wahlbeteiligung der Männer ist in den beiden untersten Altersgruppen und in denen ab 45 Jahre höher als die der Frauen. Am größten ist der Abstand unter den Geschlechtern bei den ältesten Wählern. Hier gingen 90,1 % der Männer zur Wahlurne und nur 85,3 % der Frauen.

Ungültige Stimmen

Überraschenderweise hat sich die Zahl der ungültigen Stimmen, die bisher von Wahl zu Wahl zurückgegangen ist, wieder erhöht. Das ist jedoch, wie noch zu zeigen sein wird, auf eine höhere Zahl von Stimmenthaltungen zurückzuführen. Es werden nämlich auch leere und durchgestrichene Stimmzettel als ungültige Stimmen gezählt. Von den Erststimmen waren 1,2 % ungültig (1976: 0,8 %) und von den Zweitstimmen 0,8 % (0,4 %). Der jeweilige Anteil ist bei den Männern etwas niedriger (1,0 % und 0,7 %) als bei den Frauen (1,4 % und 0,9 %). Am häufigsten mußten die Stimmen der Wähler ab 60 Jahre für ungültig erklärt werden.

Eine Auswertung der Ungültigkeitsgründe ergab, daß wiederum die meisten Stimmen deshalb als ungültig gezählt werden mußten, weil die betreffende Seite des Stimmzettels leer oder durchgestrichen war. Das ist bei über neun Zehnteln der ungültigen Stimmen der Fall gewesen. Am häufigsten, nämlich bei drei Viertel der ungültigen Stimmen, ist die Erststimme leer oder durchgestrichen worden. Von den Wählern, die bei der Erststimme oder der Zweitstimme oder bei beiden mehrere Kreuze gemacht haben, läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß sie unbeabsichtigt ungültig ge-

wählt haben. Das ist aber nur bei jeder fünften ungültigen Stimme der Fall gewesen. Es ist also der Rückschluß zulässig: Die ungültigen Stimmen stellen überwiegend Stimmenthaltungen dar.

Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Bei der SPD hat sich ein Wandel, der sich schon 1976 andeutete, in der Stimmabgabe der Geschlechter vollzogen. Zur Bundestagswahl 1980 gaben die Frauen erstmals häufiger ihre Zweitstimme der SPD als die Männer. Von den gültigen Zweitstimmen der Frauen erhielt die SPD 47,8 % und von denen der Männer 46,7 %.

Bei den Erststimmen ist der Anteil bei beiden Geschlechtern fast gleich hoch (50,4 % und 50,7 %). Bis auf die 35- bis 44jährigen stimmten die Frauen aller Altersgruppen häufiger für die SPD als die Männer. Auch im Vergleich zu 1976 schnitt die SPD bei den

Frauen günstiger ab als bei den Männern. Ihr Zweitstimmenanteil unter den Frauen stieg von 47,6 % auf 47,8 % und unter den Männern sank er von 47,9 % auf 46,7 %. Der leichte Anstieg ist allein auf die 25- bis 34jährigen Frauen zurückzuführen. Hier verbesserte sich die SPD um 4,7 Prozentpunkte, während sie sich bei den 18- bis 24jährigen um 2,6 Punkte verschlechterte und in den oberen Altersgruppen ihren Anteil in etwa hielt. Bemerkenswert ist das Wahlverhalten der 35- bis 44jährigen Frauen. Zur Bundestagswahl 1976 lag ihr Zweitstimmenanteil für die SPD fast auf gleicher Höhe wie der der darüberstehenden Jahrgänge und der Abstand zu den 25- bis 34jährigen Frauen machte – 5,3 Punkte aus. 1980 beläuft sich der Rückstand zu den jüngeren Frauen auf 11,6 Punkte und zu den älteren auf über zwei Punkte. Insgesamt gesehen ist die Tendenz erhalten geblieben, daß die SPD in den jüngeren Jahrgängen der Frauen besser abschneidet als in den älteren. Von den bis zu 34 Jahre alten Frauen erhielt die SPD die absolute Mehrheit der Stimmen, bei den Erststimmen sind es sogar fast sechs Zehntel.

Anteile der Parteien an den gültigen Zweitstimmen

Altersgruppe	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfallen auf							
	SPD		CDU		FDP		Grüne	
	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1980	
Männer								
18 bis 24	57,8	52,5	29,3	25,5	11,2	15,5	6,0	
25 bis 34	52,8	53,8	35,2	26,7	10,9	16,4	2,5	
35 bis 44	45,3	44,5	43,9	38,3	10,2	16,1	0,8	
45 bis 59	44,5	44,3	45,4	41,9	9,3	12,9	0,5	
60 und älter	45,0	42,6	48,7	49,5	5,2	7,1	0,3	
Zusammen	47,9	46,7	42,2	38,0	9,0	13,3	1,6	
Frauen								
18 bis 24	58,7	56,1	28,2	22,6	12,1	16,3	4,6	
25 bis 34	50,3	55,0	37,0	24,9	12,3	17,2	2,4	
35 bis 44	45,0	43,4	44,4	38,7	10,3	17,0	0,6	
45 bis 59	45,9	45,7	45,2	40,6	8,4	12,8	0,6	
60 und älter	45,8	45,9	48,7	45,5	5,1	8,1	0,3	
Zusammen	47,6	47,8	43,4	37,5	8,6	13,2	1,2	
Männer und Frauen								
18 bis 24	58,3	54,3	28,8	24,0	11,7	15,9	5,3	
25 bis 34	51,6	54,4	36,1	25,8	11,6	16,8	2,5	
35 bis 44	45,2	44,0	44,1	38,5	10,2	16,6	0,7	
45 bis 59	45,3	45,1	45,3	41,2	8,8	12,9	0,6	
60 und älter	45,5	44,6	48,7	47,0	5,2	7,7	0,3	
Insgesamt	47,7	47,3	42,8	37,7	8,8	13,3	1,4	

Von den Männern erhielt die SPD in den beiden jüngsten Jahrgängen wie 1976 über die Hälfte der Zweitstimmen. Danach sinken ihre Anteile deutlich ab. Im Vergleich zu 1976 konnte sie sich nur bei den 25- bis 34jährigen verbessern. Besonders hoch war der Rückgang unter den 18- bis 24jährigen mit 5,3 Prozentpunkten. Durch diese beiden gegenläufigen Veränderungen wird der sonst bestehende Trend, daß die Stimmenanteile der SPD mit steigendem Alter abnehmen, von den 25- bis 34jährigen unterbrochen. Die SPD bekam bis auf die ältesten Wähler in allen Altersgruppen der Männer mehr Stimmen als die CDU.

Faßt man die beiden Geschlechter zusammen und untersucht sie nach Altersgruppen, so stellt man fest, daß die SPD in den beiden jüngsten Altersgruppen wie 1976 über die Hälfte der Zweitstimmen erhielt. Im Gegensatz zu 1976 ist dieses Mal der Anteil jedoch gleich, während damals die 18- bis 24jährigen einen Vorsprung von 6,7 Punkten aufwiesen. Die Zweitstimmenanteile der SPD sind bis auf die 25- bis 34jährigen in allen Altersgruppen geringer als 1976.

Die CDU hat nicht mehr soviel „Glück bei den Frauen“ wie bisher. Die Frauen stimmten erstmals weniger häufig für die CDU als die Männer. Von den Frauen erhielt sie 37,5 % der Zweitstimmen und von den Männern 38,0 %. Bisher hatten die Frauen immer vorn gelegen. Der Zweitstimmenanteil der CDU verschlechterte sich in allen Altersgruppen der Frauen. Besonders hoch war der Rückgang unter den 25- bis 34jährigen mit 12,1 Punkten. Nur noch 24,9 % dieser Frauen anstelle von 37,0 % gaben ihre Zweitstimme der CDU. Der Abstand zur SPD hat sich hier von 13,3 Punkten auf 30,1 Punkte mehr als verdoppelt. In der jüngsten Altersgruppe der Frauen, in der die CDU schon immer schlecht abgeschnitten hat, macht der Abstand zur SPD sogar 33,5 Punkte aus; hier sind es aber 1976 auch 30,5 Punkte gewesen. Der Zweitstimmenanteil der CDU steigt bei den Frauen mit wachsendem Alter. In den beiden jüngsten Altersgruppen macht er weniger als ein Viertel aus, in den beiden nächsten knapp oder gerade vier Zehntel und in der ältesten 45,5 %.

Auch unter den Männern erlitt die CDU die größten Verluste bei den 25- bis 34jährigen (8,5 Punkte). Anders als bei den Frauen stieg aber in einer Altersgruppe der CDU-Anteil: die ältesten Wähler stimmten häufiger für die CDU als 1976. Dies ist auch die einzige Gruppe, in der die CDU bei den Zweitstimmen nahe an die absolute Mehrheit heran kommt (49,5 %) und den Anteil der SPD überflügelt. Der Erststimmenanteil liegt in dieser Altersgruppe sogar über dieser Schwelle (50,4 %).

Die CDU erhielt sowohl von den Männern als auch von den Frauen in allen Altersgruppen mehr Erst- als Zweitstimmen. Der Anteil der Kombinationswähler ist jedoch nicht so hoch wie bei der SPD.

Die FDP schneidet wie bisher in den jüngeren Jahrgängen besser ab als in den älteren. In der ältesten Gruppe war der Anteil nur halb so groß wie in der jüngsten. Im Gegensatz zu 1976 war sie aber bei den 25- bis 34jährigen und auch 35- bis 44jährigen erfolgreicher als bei den 18- bis 24jährigen. Sie verbesserte sich gegenüber 1976 in allen Altersgruppen. Dabei ragt die der 35- bis 44jährigen mit 6,4 Punkten Zuwachs heraus. Insgesamt war der Zweitstimmenanteil der FDP bei Männern und Frauen fast gleich, in beinahe allen Altersgruppen der Frauen ist er jedoch höher als der der Männer.

Die Grünen, die erstmals an einer Bundestagswahl teilnahmen, wurden häufiger von Männern (1,6 %) als von Frauen (1,2 %) gewählt. Sie waren bei den 18- bis 24jährigen mit 5,3 % der Zweitstimmen am erfolgreichsten (Männer: 6,0 %, Frauen: 4,6 %). In den Altersgruppen ab 35 Jahre liegen ihre Anteile unter einem Prozent.

Wählerstruktur

Im vorangegangenen Abschnitt wurde die Stimmenverteilung jeweils innerhalb einer Altersgruppe oder eines Geschlechts untersucht. Geht man jedoch von der Gesamtstimmenzahl einer Partei aus und fragt, von welchen Altersgruppen und von welchem Geschlecht die Stimmen kommen, so ergibt sich ein anderes Bild. Das liegt nicht nur an der anderen Betrachtungsweise, sondern auch daran, daß die Altersgruppen unterschiedlich besetzt sind und die Zahl der Frauen größer ist als die der Männer. Von allen Urnenwählern waren 813 000 oder 53,7 % Frauen und 702 000 oder 46,3 % Männer.

Die Altersstruktur der Wähler zeigt die nachfolgende Tabelle. Wie leicht zu sehen ist, fallen besonders die jüngste und die älteste Altersgruppe aus dem Rahmen. 11,5 % der Wähler sind 18 bis 24 Jahre alt und 27,1 % 60 Jahre und älter. Bei den Frauen lautet das Verhältnis sogar 5,7 % zu 16,9 %, während es bei den Männern 5,8 % zu 10,2 % sind. Ein hoher Stimmenanteil bei den alten Wählern hat also ein viel größeres Gewicht als bei den jungen Wählern. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen. Die SPD erhielt von den 18- bis 24jährigen Frauen 56,1 % der Zweitstimmen dieser Altersgruppe und von den Frauen ab 60 Jahre 45,9 %, ge-

Aufteilung der gültigen Zweitstimmen der Parteien

Altersgruppe	Von den Wählern der ... sind						Von allen Wählern sind	
	SPD		CDU		FDP		in 1000	in %
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %		
Männer								
18 bis 24 Jahre	46	6,4	22	3,9	14	6,8	87	5,8
25 bis 34 Jahre	65	9,2	32	5,7	20	10,0	122	8,1
35 bis 44 Jahre	75	10,5	64	11,3	27	13,6	169	11,1
45 bis 59 Jahre	75	10,5	71	12,4	22	10,9	169	11,2
60 und älter	65	9,1	76	13,3	11	5,4	154	10,2
Zusammen	325	45,8	265	46,7	93	46,6	702	46,3
Frauen								
18 bis 24 Jahre	48	6,8	19	3,4	14	7,0	87	5,7
25 bis 34 Jahre	66	9,3	30	5,3	21	10,4	121	8,0
35 bis 44 Jahre	70	9,9	63	11,0	28	13,8	163	10,7
45 bis 59 Jahre	85	12,0	75	13,3	24	12,0	187	12,3
60 und älter	116	16,3	115	20,2	20	10,2	256	16,9
Zusammen	386	54,2	302	53,3	106	53,4	813	53,7
Männer und Frauen								
18 bis 24 Jahre	94	13,2	42	7,3	28	13,8	174	11,5
25 bis 34 Jahre	132	18,6	63	11,0	41	20,4	244	16,1
35 bis 44 Jahre	145	20,4	127	22,4	55	27,4	331	21,9
45 bis 59 Jahre	160	22,4	146	25,7	46	22,8	356	23,5
60 und älter	181	25,4	190	33,5	31	15,6	410	27,1
Insgesamt	711	100	567	100	199	100	1 515	100

messen am Gesamtstimmenanteil der SPD sind das aber 6,8 % oder 48 000 Stimmen und 16,3 % oder 116 000 Stimmen.

Die Wähler der SPD sind überwiegend Frauen. Das ist erstmals zur Bundestagswahl 1969 der Fall gewesen. Legt man die Zweitstimmen zugrunde, so sind 54,2 % der SPD-Wähler Frauen und entsprechend 45,8 % Männer. Damit übertrifft der Anteil der SPD-Wählerinnen erstmals den Gesamtanteil der Wählerinnen (53,7 %). Reichlich die Hälfte der SPD-Zweitstimmenwähler ist unter 45 Jahre alt, während es von allen Wählern knapp die Hälfte sind. Die Anteile der 25- bis 34jährigen liegen am stärksten über dem Durchschnitt und die der 60 Jahre und älteren am deutlichsten darunter. Betrachtet man die Altersgruppen nach Geschlechtern getrennt, so erhielt die SPD die meisten Zweitstimmen von den Frauen ab 60 Jahre, obwohl ihr Anteil (16,3 %) hier unter dem Durchschnitt (16,9 %) liegt.

Die Wählerschaft der CDU besteht nach wie vor überwiegend aus Frauen. Ihr Anteil ist aber rückläufig und nicht mehr überdurchschnittlich wie bisher. Ausgehend von den Zweitstimmen sind 53,3 % der CDU-Wähler Frauen und entsprechend 46,7 % Männer. Bei der letzten Bundestagswahl machte der Frauenanteil 54,6 % aus und 1969 sogar 58,1 %. Überdurchschnittliche Anteile finden sich bei der CDU in den Altersgruppen ab 35 Jahre, und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Ein Fünftel der Zweitstimmen für die CDU stammen von den über 59 Jahre alten Frauen. In den jüngeren Jahrgängen ist die CDU dagegen deutlich unterrepräsentiert. Beinahe drei Zehntel aller Wähler sind unter 35 Jahre alt und nur knapp ein Fünftel der CDU-Wähler.

Auch bei den Wählern der FDP überwiegen die Frauen (53,4 %), der Anteil entspricht aber ziemlich genau dem Durchschnitt aller Wähler (53,7 %). Die FDP hat die geringste Resonanz bei den Wählern ab 60 Jahre.

Sie stellen 27,1 % aller Wähler, aber nur 15,6 % der FDP-Zweitstimmen-Wähler. In den Altersgruppen bis einschließlich 34 Jahre liegt der FDP-Anteil über dem Durchschnitt.

Kombinationswähler

Der Wähler hat bei der Bundestagswahl die Möglichkeit, mit der einen Stimme die Partei A zu wählen und mit der anderen die Partei B oder nur mit einer Stimme zu wählen und sich der anderen zu enthalten. Von der unterschiedlichen Abgabe der Erst- und Zweitstimme haben dieses Mal 12 % der Wähler Gebrauch gemacht. Das sind doppelt so viele wie 1976 und etwas mehr als 1972. Die Männer kombinieren etwas häufiger (12,2 %) als die Frauen (11,7 %). Insgesamt gab es 181 000 Kombinationswähler, 95 000 davon sind Frauen und 86 000 sind Männer. Betrachtet man die Altersgruppen, so fällt auf, daß die jüngsten Wähler dreimal so häufig kombiniert haben (18,6 % der 18- bis 24jährigen) wie die ältesten (6,3 % der über 59jährigen). Wegen der unterschiedlichen Besetzung der Altersgruppen sind die beiden Anteile an der Gesamtzahl der Kombinationswähler nicht so stark unterschiedlich: die 18- bis 24jährigen stellen 17,8 % und die über 59jährigen 14,2 %. Am stärksten sind die 35- bis 44jährigen mit reichlich einem Viertel aller Kombinationswähler vertreten. Die Neigung zu kombinieren, läßt mit steigendem Alter nach.

Bei sechs ausgewerteten Parteien und „ungültig“ waren 42 Kombinationen möglich. Da die NPD aber nicht mit der Erststimme gewählt werden konnte, blieben 36 übrig. Von diesen kamen drei nicht vor, und zwar Erststimme DKP in Verbindung mit Zweitstimme ungültig oder Grüne oder NPD.

Die folgende Übersicht zeigt die fünf häufigsten Kombinationen:

	Erststimme	Zweitstimme	In %
1.	SPD	FDP	42,1
2.	CDU	FDP	15,5
3.	FDP	SPD	13,4
4.	CDU	SPD	5,0
5.	SPD	Grüne	3,5

Diese fünf Kombinationen machen acht Zehntel aller Kombinationsfälle aus. Wie man sieht, dominiert die Kombination SPD/FDP deutlich. Über vier Zehntel der Kombinationswähler haben mit ihrer Erststimme die SPD und mit ihrer Zweitstimme die FDP gewählt. Das

ist auch bei der Bundestagswahl 1976 der Fall gewesen. Die anderen Kombinationen fallen deutlich ab. An zweiter Stelle liegt mit knapp einem Sechstel die Kombination CDU/FDP, gefolgt von der Kombination FDP/SPD mit knapp einem Siebtel. Unter den Männern liegt die Kombination SPD/FDP stärker vorn (44,9 %) als bei den Frauen (39,5 %). Auch in den einzelnen Altersgruppen dominiert diese Kombination, jedoch bei den jüngeren und älteren Wählern schwächer als bei den übrigen. Was haben die NPD-Wähler, die zwangsweise kombinieren mußten, mit ihrer Erststimme gemacht? Die meisten von ihnen, nämlich 37 %, haben CDU gewählt, gut ein Fünftel ungültig und jeweils 12 % SPD und Grüne.

Fragt man nach dem Gewicht, das die Kombinationswähler für eine Partei haben, so stellt man fest, daß

Kombinationswähler

Zweitstimmen für	Darunter mit Erststimme für			
	SPD	CDU	FDP	Grüne
Männer				
SPD 325 200	306 700	3 900	10 100	2 800
100	94,3	1,2	3,1	0,8
CDU 264 900	2 600	258 700	1 900	.
100	1,0	97,7	0,7	.
FDP 92 900	38 600	13 700	38 600	1 200
100	41,5	14,7	41,5	1,3
Grüne 10 900	3 600	.	.	5 900
100	32,8	.	.	54,4
Frauen				
SPD 385 500	359 600	5 400	14 300	2 800
100	93,3	1,4	3,7	0,7
CDU 302 000	2 400	294 300	2 600	.
100	0,8	97,5	0,9	.
FDP 106 400	37 700	14 400	51 700	1 700
100	35,4	13,5	48,6	1,6
Grüne 9 800	2 800	.	.	5 200
100	28,4	.	.	52,6
Männer und Frauen				
SPD 710 700	666 300	9 300	24 300	5 500
100	93,8	1,3	3,4	0,8
CDU 566 900	5 000	553 000	4 600	.
100	0,9	97,6	0,8	.
FDP 199 300	76 200	28 000	90 200	3 000
100	38,3	14,1	45,3	1,5
Grüne 20 600	6 300	.	.	11 100
100	30,6	.	.	53,7

es nur für die FDP relativ groß gewesen ist. Von den 199 000 Zweitstimmenwählern der FDP gaben 76 000 oder fast vier Zehntel ihre Erststimme der SPD. Umgekehrt bedeutet dies für die SPD, daß ein Zehntel ihrer Erststimmenwähler mit der Zweitstimme die FDP gewählt haben. Bei der Bundestagswahl 1976 ist das Gewicht nicht so groß gewesen. Damals gaben drei Zehntel der Zweitstimmenwähler der FDP ihre Erststimme der SPD und gut ein Zwanzigstel der Erststimmenwähler der SPD ihre Zweitstimme der FDP. Andererseits haben von den 121 000 Erststimmenwählern der FDP 24 000 oder jeder Fünfte mit der Zweitstimme für die SPD gestimmt oder 3 % der Zweitstimmenwähler der SPD mit der Erststimme für die FDP. Weiterhin ist jeder zwanzigste CDU-Erststimmenwähler ein FDP-Zweitstimmenwähler (28 000 von 594 000) oder jeder siebte FDP-Zweitstimmenwähler ein CDU-Erststimmenwähler. Alle anderen Kombinationen fallen weniger ins Gewicht.

Von den 1,5 Millionen Wählern haben 88 % mit ihrer Erst- und Zweitstimme gleich abgestimmt („Doppelwähler“); 1976 sind es 94 % gewesen. Überdurchschnittlich war ihr Anteil sowohl bei der SPD als auch

bei der CDU. Von 100 Zweitstimmenwählern der SPD gaben 94 auch ihre Erststimme der SPD und bei der CDU sind es sogar 98 gewesen. Während der Anteil der CDU gegenüber 1976 gleich geblieben ist, hat sich der der SPD etwas verringert. Der Anteil unter den männlichen und weiblichen CDU-Doppelwählern ist fast gleich groß und der der männlichen SPD-Wähler ist etwas größer als unter den Frauen.

Deutlich unterscheiden sich davon die Doppelwähler der FDP. Nur 45 % der Zweitstimmenwähler der FDP gaben auch ihre Erststimme dieser Partei. Bei den Männern sind es 42 % und bei den Frauen 49 %. Im Vergleich zu 1976 haben sich die Anteile kräftig verschoben. Damals gaben sechs Zehntel der Zweitstimmenwähler der FDP auch ihre Erststimme dieser Partei. Von den Wählern der Grünen stimmten gut die Hälfte mit beiden Stimmen gleich ab.

Walter Dahms

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte B VII 1 – 5 und 6/80. Vergleiche auch: „Die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 (Teil 3 und 4)“ in dieser Zeitschrift, Heft 1/1977, S. 3 und 7.

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Ämter

Im Zuge von Bevölkerungsbewegungen im Lande, der Zunahme der Verwaltungsaufgaben und der Modernisierung der Methoden der Verwaltung ist die Frage der zweckmäßigsten Verwaltungsgliederung insbesondere seit dem 1.1.1966 im gesamten Bundesgebiet gestellt worden. Die Antwort hierauf ist in den einzelnen Bundesländern verschieden ausgefallen. Ein gewichtiger Teil der Antwort bezieht sich auf die Größe der Verwaltungseinheiten: wie viele Bürger sollten von einer Gemeinde, einem Amt, einem Kreis betreut werden?

Nach dem Vollzug der vier Gebietsneuordnungsgesetze vom 22. April 1969, 23. Dezember 1969, 3. Juli 1973 und 15. November 1973 sowie freiwilliger Zusammenschlüsse von Gemeinden, wofür die Landesregierung am 10. Juli 1973 Leitlinien zur Gebiets- und Verwaltungsstruktur erlassen hat, gliedert sich das

Land Schleswig-Holstein zu Beginn der achtziger Jahre immer noch in 1 132 Gemeinden. Nach der Zahl der Gemeinden liegt Schleswig-Holstein damit hinter Rheinland-Pfalz und Bayern an dritter Stelle unter den Bundesländern, nach der Wohnbevölkerung dagegen erst an siebter, nach der durchschnittlichen Zahl der Einwohner je Gemeinde an vorletzter Stelle. Welche Vor- und Nachteile mit dieser Gemeindestruktur verbunden sind, soll hier nicht untersucht werden. Eine Antwort auf diese Frage werden wohl auch erst die achtziger Jahre geben. Unbestritten scheint inzwischen allerdings zu sein, daß Gemeindezusammenlegungen größeren Ausmaßes nicht nur mit Vorteilen verbunden sind.

In der folgenden Darstellung wird bewußt die Größe der Gemeinden und Ämter, gemessen an den Einwohnerzahlen, in den Vordergrund gestellt. Dabei

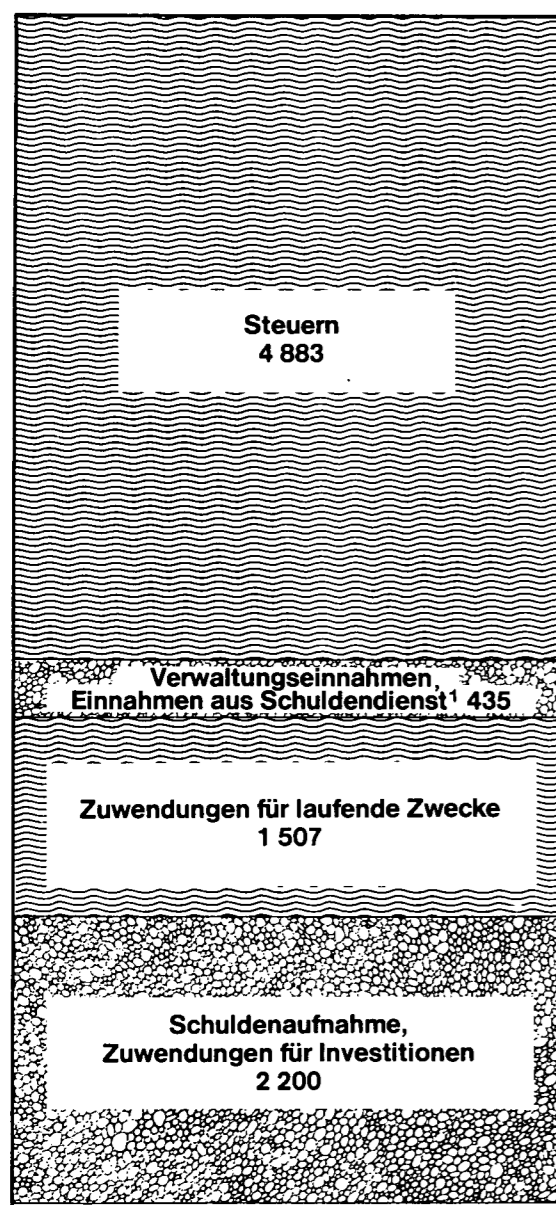
LANDESHAUSHALT 1981

D 5167

Haushaltsansatz in Millionen DM



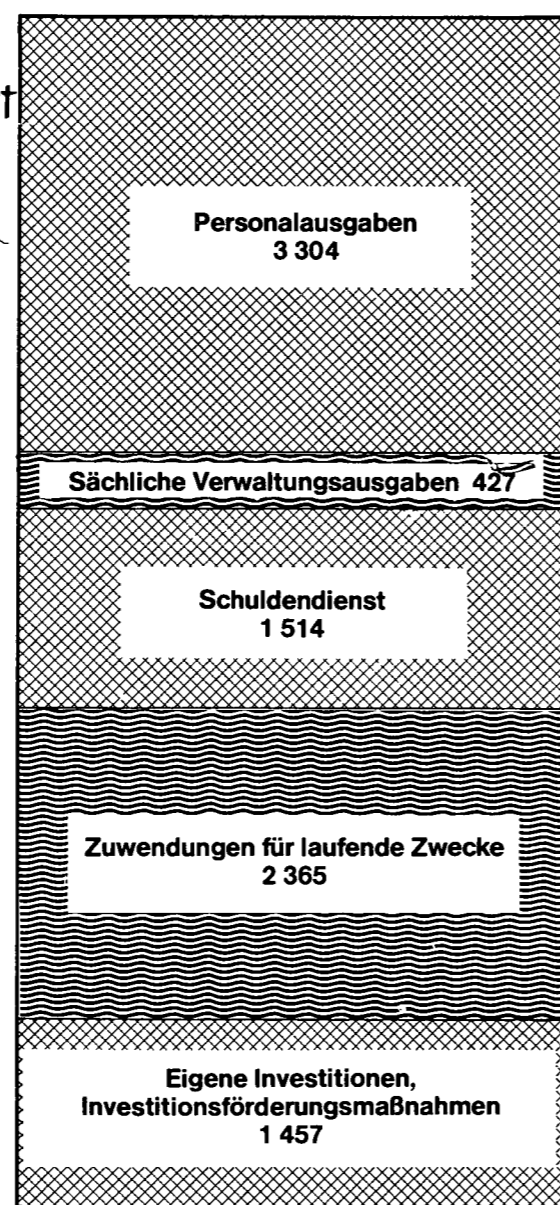
EINNAHMEN



9055

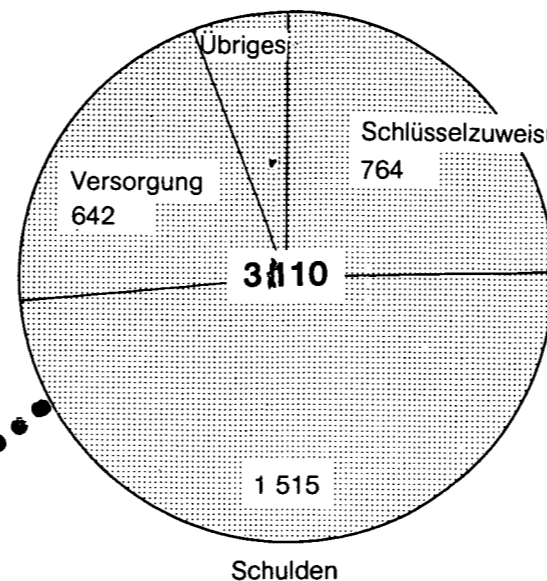
nach der Art

AUSGABEN

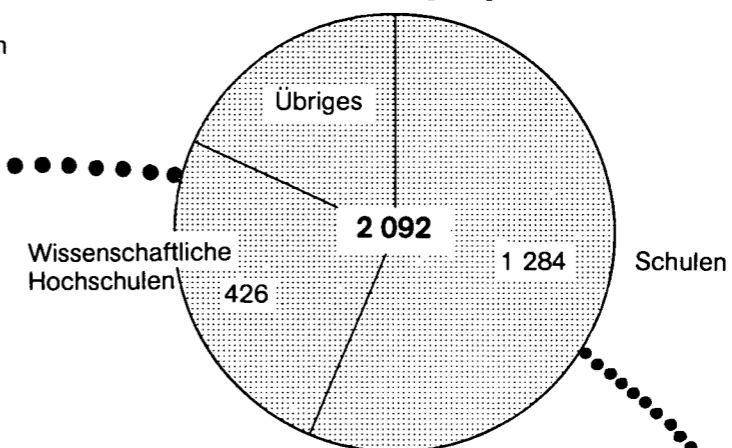


9055

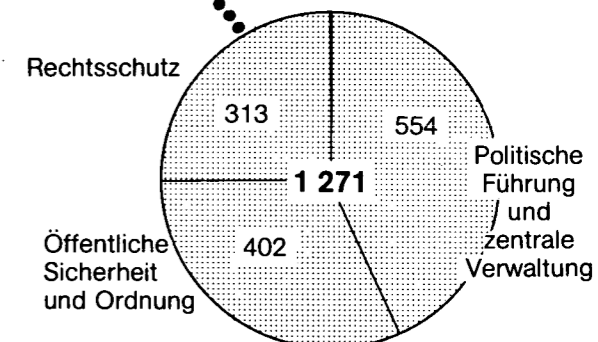
Allgemeine Finanzwirtschaft



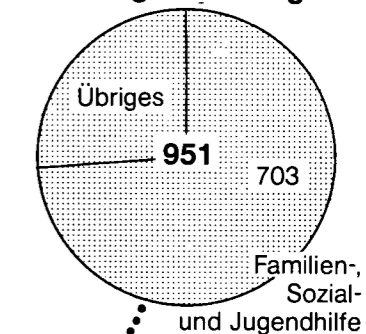
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten



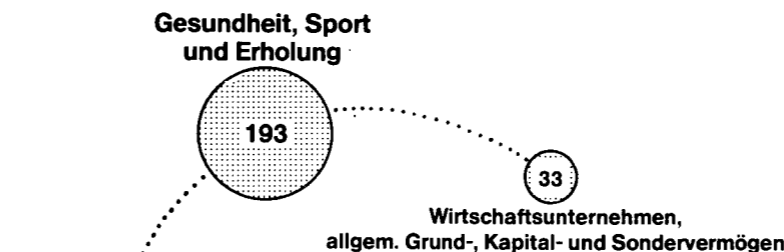
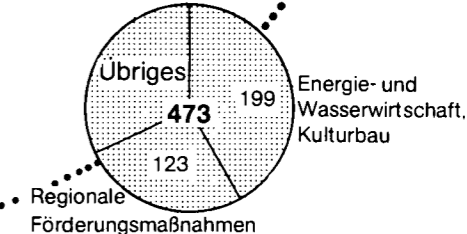
nach dem Aufgabenbereich



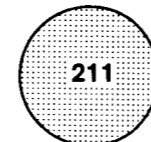
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung



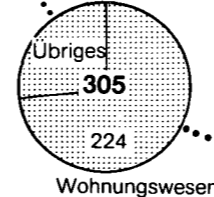
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen



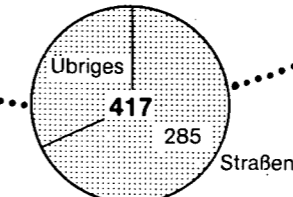
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste



Verkehrs- und Nachrichtenwesen



1) einschließlich steuerähnlicher Einnahmen

darf nicht übersehen werden, daß selbst zwischen Gemeinden mit gleich vielen Einwohnern erhebliche strukturelle Unterschiede bestehen können, die zum Beispiel auf unterschiedliche Flächengröße, Siedlungsstruktur, naturräumliche Zugehörigkeit, Verkehrslage und auf ihre geschichtliche Entwicklung zurückzuführen sind.

Die Gemeinden

Vor 100 Jahren — am 1. Dezember 1880 — gab es in der damaligen Provinz Schleswig-Holstein noch 2 142 Gemeinden, davon waren 54 Städte (einschließlich Flecken), 1 729 Landgemeinden und 359 selbständige Gutsbezirke. Flecken waren Gemeinden mit bestimmten städtischen Rechten und Verpflichtungen, jedoch mit einfacherer Verfassung als die Städte.

Die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark im Jahre 1920 und die Auflösung von 321 Gutsbezirken im Jahre 1928 führten zu größeren Veränderungen im Bestand der kommunalen Einheiten. So gab es am 1.1.1929 nur noch 1 349 Landgemeinden und 4 selbständige Gutsbezirke.

Zwischen 1933 und 1939 veränderte sich die Zahl der Landgemeinden in beiden Richtungen und unabhängig voneinander. Einerseits stieg sie erheblich, weil in den ehemaligen Kreisen Husum, Norder- und Süderdithmarschen die Bauernschaften, Dorfschaften und Köge als selbständige politische Einheiten anerkannt wurden; im Kreis Süderdithmarschen wuchs die Zahl der Gemeinden dadurch um 64, im Kreis Norderdithmarschen um 56 und im Kreis Husum um 42. Andererseits setzten schon 1933 Bestrebungen ein, durch Zusammenlegung kleiner Gemeinden leistungsfähigere Verwaltungseinheiten zu schaffen. Hier ist vor allem die Oldenburgische Verwaltungsreform von 1933 zu nennen, auf Grund derer im Kreis Eutin Großgemeinden gebildet wurden. Im Kreis Oldenburg verfuhr man ähnlich und verringerte die Zahl der Gemeinden von 1933 bis 1939 um 74. Im Kreis Segeberg wurden in der gleichen Zeit 31 Gemeinden, im Kreis Plön 23 Gemeinden zu größeren Gemeinden zusammengelegt. In den übrigen Kreisen waren die Veränderungen geringer.

Mit dem Ersten Gesetz einer Neuordnung von Gemeinde- und Kreisgrenzen vom 22. April 1969 brach in Schleswig-Holstein eine neue Phase gesetzlicher Gebietsänderungen an. Das Gesetz befaßt sich mit der Neuordnung des Gebietes der damaligen Gemeinden Friedrichsgabe, Garstedt, Glashütte und

Harksheide und schließt diese Gemeinden am 1. Januar 1970 zur Stadt Norderstedt zusammen. Zu diesem Stichtag und im Verlauf des Jahres 1970 wurden noch viele weitere Gemeinden zusammengelegt. Insgesamt verringert sich die Zahl der Gemeinden im Laufe des Jahres 1970 von 1 365 um 94 auf 1 271. Nennenswert sind dann noch die Zusammenschlüsse im Jahre 1974, als sich Gemeinden — durch die Leitlinien zur Gebiets- und Verwaltungsstruktur auf Gemeindeebene vom 10. Juli 1973 initiiert — freiwillig vereinigten, wobei sie vom Land finanziell gefördert wurden. Die Leitlinie sagt, daß einem Amt in der Regel nicht mehr als 7 Gemeinden angehören sollen und daß eine amtsangehörige Gemeinde in der Regel 1 000 Einwohner hat. Vom 31.12.1973 bis zum Jahresende 1974 verringert sich dadurch die Zahl der Gemeinden nochmals um 83 auf 1 175.

Am 1.1.1980 verteilte sich in Schleswig-Holstein die Wohnbevölkerung von 2 599 004 Menschen auf 1 132 Gemeinden. Davon waren 58 Städte, 47 amtsfreie Gemeinden und 1 027 amtsangehörige Gemeinden, wobei die amtsangehörigen Städte Friedrichstadt, Arnis und Krempe zu den amtsangehörigen Gemeinden gezählt sind. Allein in den 15 größten Städten des Landes leben über 1 Million Menschen, so daß für die restlichen 1 117 Gemeinden eine Einwohnerzahl von knapp 1,6 Mill. bleibt. Oder: in nur 1 % der schleswig-holsteinischen Gemeinden (das sind die 11 größten Städte) wohnen 35 % der Bevölkerung.

Kreisangehörige Gemeinden

Von den 1 128 kreisangehörigen Gemeinden in Schleswig-Holstein haben fast 800 weniger als 1 000 Einwohner, darunter sind fast 500 mit weniger als 500 Einwohnern. In der ersten Gruppe (799 oder 71 % aller Gemeinden) leben gut 350 000 Menschen, das sind 14 % unserer Bevölkerung; in der Untergruppe der 498 kleinsten (44 % aller Gemeinden) sind es knapp 135 000 Einwohner oder 5 % der Landesbevölkerung.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß es nach dem Stand vom 1.1.1980 noch 12 Gemeinden mit weniger als 50 Einwohnern gibt. In die obige Gesamtzahl eingeschlossen sind auch die beiden gemeindefreien Gebiete „Forstgutsbezirk Sachsenwald“ im Kreis Hzgt. Lauenburg und „Forstgutsbezirk Buchholz“ im Kreis Segeberg.

Besonders viele Gemeinden gibt es in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde (166), Nordfriesland (137),

Wohnbevölkerung am 31. 12. 1979 nach Gemeindegrößenklassen

KREISFREIE STADT Kreis	Wohn- bevölkerung 31.12.1979 insgesamt	Davon in Gemeinden mit ... Einwohnern					
		unter 1 000		1 000 bis unter 5 000		5 000 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
FLENSBURG	88 810	—	—	—	—	88 810	100
KIEL	250 750	—	—	—	—	250 750	100
LÜBECK	222 120	—	—	—	—	222 120	100
NEUMÜNSTER	80 331	—	—	—	—	80 331	100
Dithmarschen	130 229	37 549	29	40 842	31	51 838	40
Hzgt. Lauenburg	154 616	41 088	26	27 184	18	86 344	56
Nordfriesland	160 850	41 326	26	50 007	31	69 517	43
Ostholstein	189 821	7 207	4	35 077	18	147 537	78
Pinneberg	258 956	11 233	4	44 060	17	203 663	79
Plön	115 964	29 213	25	30 211	26	56 540	49
Rendsburg-Eckernförde	243 470	52 883	22	77 933	32	112 654	46
Schleswig-Flensburg	180 868	51 681	29	66 957	37	62 230	34
Segeberg	207 296	33 077	16	43 014	21	131 205	63
Steinburg	128 918	31 481	24	38 832	30	58 605	46
Stormarn	186 005	15 849	9	26 261	14	143 895	77
Schleswig-Holstein	2 599 004	352 587	14	480 378	18	1 766 039	68

Schleswig-Flensburg (136) und Hzgt. Lauenburg (133). Die wenigsten Gemeinden hat der Kreis Ostholstein (39). Die absolute Zahl der Gemeinden sagt aber nicht genug über die Verteilung der Bevölkerung aus. Darüber vermittelt die Darstellung der Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen einen Eindruck. Wie oben bereits festgestellt wurde, leben 14 % der Schleswig-Holsteiner in Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. Weitere 18 % haben ihren Wohnsitz in Gemeinden mit 1 000 bis unter 5 000 Einwohnern, und 68 % leben in den größeren Gemeinden.

In den einzelnen Kreisen ist die Verteilung der Wohnbevölkerung auf diese Gemeindegrößenklassen sehr unterschiedlich. So leben die Bewohner der Kreise Pinneberg, Ostholstein und Stormarn ganz überwiegend in den größeren Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern, die Anteile liegen zwischen 77 % und 79 %. Dementsprechend entfallen auf die kleinen Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern in den Kreisen Pinneberg und Ostholstein nur 4 % der Wohnbevölkerung, im Kreis Stormarn sind es 9 %. Im Kreis Schleswig-Flensburg leben dagegen 2 von 3 Menschen in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern und immerhin 29 % in Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Kreis Dithmarschen. Aber auch in den Kreisen Nordfriesland,

Hzgt. Lauenburg, Plön und Steinburg lebt etwa jeder Vierte in Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern.

Kreisfreie Städte

Schleswig-Holstein hat vier kreisfreie Städte, die nach dem Stand vom 1. 1. 1980 folgende Einwohnerzahlen aufweisen:

Kiel	250 750 Einw.
Lübeck	222 120 "
Flensburg	88 810 "
Neumünster	80 331 "

Allein in diesen vier kreisfreien Städten wohnen gut 640 000 Menschen, das heißt jeder vierte Schleswig-Holsteiner. Die besondere Bedeutung dieser Gemeinden für das Land wird daraus offensichtlich.

Vergleich mit den anderen Flächenländern

Wie bereits erwähnt, liegt Schleswig-Holstein nach dem Stand vom 1. 1. 1980 mit der Zahl seiner Gemeinden nach Rheinland-Pfalz (2 303 Gemeinden)

und Bayern (2 048 Gemeinden) an dritter Stelle. Allerdings folgen mit ebenfalls über 1 000 Gemeinden Baden-Württemberg und Niedersachsen dicht auf. Das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen hat dagegen nur knapp 400 Gemeinden. Am 30.6.1968 zeigte sich da ein ganz anderes Bild, das heißt, die Auswirkungen der Gebietsreform waren in den einzelnen Bundesländern recht unterschiedlich. Im Gegensatz zu den rund 8 500 Gemeinden am 1.1.1980 gab es damals im Bundesgebiet noch über 24 000 Gemeinden. Schleswig-Holstein lag Mitte 1968 nach der Zahl der Gemeinden an vorletzter Stelle unter den Flächenländern, weniger Gemeinden zählte nur das Saarland. Bayern hatte noch über 7 000 und Niedersachsen über 4 000 Gemeinden.

Anzahl der Gemeinden in den Bundesländern

Land	Gemeinden ¹	Gemeinden ¹
	am 30.6.1968	am 1.1.1980
Schleswig-Holstein	1 378	1 132
Hamburg	1	1
Niedersachsen	4 231	1 026
Bremen	2	2
Nordrhein-Westfalen	2 277	396
Hessen	2 684	426
Rheinland-Pfalz	2 905	2 303
Baden-Württemberg	3 379	1 111
Bayern	7 083	2 048
Saarland	346	50
Berlin (West)	1	1
Bundesgebiet	24 287	8 496

1) einschließlich kreisfreie Städte und bewohnte gemeindefreie Gebiete (Schleswig-Holstein: unbewohnte)

Die Ämter, amtsfreien Gemeinden und kreisangehörigen Städte

Die große Zahl der kleinen Gemeinden warf nicht nur in Schleswig-Holstein das Problem auf, wie man die bestehende Verwaltungsstruktur an die geänderten Verhältnisse eines modernen Industriestaats angleicht. In Schleswig-Holstein begann dieser Prozeß bereits kurz nach dem 2. Weltkrieg mit der Verkündung des Gesetzes über die Bildung von Ämtern im Lande Schleswig-Holstein (Amtsordnung) vom 6. August 1947. Grundsätzlich blieben danach die Gemeinden erhalten, die bei ihnen anfallende Verwaltungsarbeit wird aber auf die Ämter übertragen.

Ein bedeutendes Datum der Verwaltungsreform ist weiter der 24. Mai 1966, an dem als wesentliche Neue-

rung der Amtsordnung die Heraufsetzung der Regelmindestgröße der Ämter von 3 000 auf 5 000 Einwohner beschlossen wurde. Dieses Ziel verwirklichte sich in den letzten Jahren in beachtlichem Ausmaß. Gab es am 1. 1. 1967 noch 210 Ämter, von denen erst 40 Ämter für mindestens 5 000 Einwohner zuständig waren, so schrumpfte die Gesamtzahl der Ämter zum 1. 1. 1980 auf 119, und die Zahl der Ämter unter der Regelmindestgröße sank auf 22.

Ämter in den Kreisen am 31. 12. 1979

Kreis	Ämter	Davon mit ... Einwohnern	
		unter 5 000	5 000 u.m.
Dithmarschen	12	1	11
Hzgt. Lauenburg	11	3	8
Nordfriesland	16	6	10
Ostholstein	6	2	4
Pinneberg	7	2	5
Plön	7	2	5
Rendsburg-Eckernförde	19	2	17
Schleswig-Flensburg	18	3	15
Segeberg	9	1	8
Steinburg	9	—	9
Stormarn	5	—	5
Schleswig-Holstein	119	22	97

Heute gilt die Amtsordnung in der Fassung vom 11. November 1977 (abgedruckt im GVOBl. Schl.-H. S. 448). Nach § 1 Absatz 1 der Amtsordnung treten die Ämter als Träger von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung an die Stelle der amtsangehörigen Gemeinden, soweit dieses Gesetz es bestimmt oder zuläßt. Nach § 2 der Amtsordnung soll jedes Amt ein abgerundetes Gebiet umfassen, dessen Größe und Einwohnerzahl so zu bemessen ist, daß eine leistungsfähige, sparsame und wirtschaftlich arbeitende Verwaltung unter ehrenamtlicher Leitung erreicht wird. Hierbei sind die örtlichen Verhältnisse, im besonderen die Wege-, Verkehrs-, Schul- und Wirtschaftsverhältnisse sowie die kirchlichen, kulturellen und geschichtlichen Beziehungen nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

So läßt es sich einerseits nicht bestreiten, daß die Ämter unter 5 000 Einwohnern sowohl nach ihrer Verwaltungskraft als auch nach ihrer finanziellen Leistungskraft Schwierigkeiten haben dürften, modernen Verwaltungsbedürfnissen zu genügen. Andererseits ist es verständlich, daß die Bürger in Gebieten mit weitläufiger Siedlungsstruktur und geringer Bevölkerungsdichte sich gegen eine ausnahmslose Aufstockung der Ämter auf die Regelmindestgröße weh-

ren, weil ihnen dadurch der nahe und verkehrsgünstig gelegene Verwaltungsmittelpunkt verlorengehen könnte. Hier sei vor allem auf die Inseln hingewiesen. Deshalb ist es auch verständlich, daß die meisten – nämlich 6 – der Ämter unter 5 000 Einwohner zum Kreis Nordfriesland gehören. Aber gerade wegen dieser Probleme ist es bemerkenswert, daß es am 1. 1. 1980 nur noch 22 Ämter unter 5 000 Einwohner gab. In den Kreisen Steinburg und Stormarn erfüllen alle Ämter die Mindestgröße.

Neben der Größe der Ämter nach der Einwohnerzahl vermittelt ihre Größe nach der Zahl der zugehörigen Gemeinden weitere Aufschlüsse. Am häufigsten vertreten sind die Ämter mit 6 bis 10 Gemeinden, in diese Größenklasse fallen 51 oder 43 % der Ämter. Darunter und darüber gibt es je 34 Ämter, die für 2 bis 5 und für 11 und mehr Gemeinden zuständig sind. Nach diesem Merkmal am größten ist das Amt Schenefeld im Kreis Steinburg mit 23 Gemeinden.

Ämter mit ... Gemeinden in den Kreisen am 31. 12. 1979

Kreis	2 – 5	6 – 10	11 – 15	16 und mehr	Ins- gesamt
Dithmarschen	3	4	5	–	12
Hzgt.					
Lauenburg	1	5	2	3	11
Nordfriesland	6	5	5	–	16
Ostholstein	5	1	–	–	6
Pinneberg	4	3	–	–	7
Plön	2	1	2	2	7
Rendsburg- Eckernförde	5	9	4	1	19
Schleswig- Flensburg	5	11	1	1	18
Segeberg	1	5	2	1	9
Steinburg	1	4	1	3	9
Stormarn	1	3	1	–	5
Schleswig- Holstein	34	51	23	11	119

Die meisten Ämter gibt es in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. Allein in diesen drei Kreisen befinden sich 45 % aller schleswig-holsteinischen Ämter. Gering ist die Zahl der Ämter dagegen in den Kreisen Stormarn, Ostholstein, Pinneberg und Plön. Die Zahl der Ämter ist im Kreis Ostholstein vor allem deswegen so gering, weil sich das darin befindliche Gebiet des ehemaligen Kreises Eutin auf Grund der 1933 durchgeführten Oldenburgischen Verwaltungsreform in Großgemeinden gliedert, die alle amtsfrei sind. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in den Kreisen Schleswig-Flens-

burg, Rendsburg-Eckernförde, Dithmarschen, Hzgt. Lauenburg, Nordfriesland und Steinburg die Verwaltung ganz überwiegend durch die Ämter bestimmt wird, denn hier ist die Zahl der Ämter erheblich höher als die Zahl der Gemeinden, die keinem Amt angeschlossen sind.

Die kreisangehörigen Städte¹ und amtsfreien Gemeinden am 31. 12. 1979 nach Größenklassen

Kreis	Kreis- ange- hörige Städte ¹	Amts- freie Gemein- den	Ins- gesamt	Davon mit ... Einw.	
				unter 5 000	5 000 und mehr
Dithmarschen	5	1	6	2	4
Hzgt.					
Lauenburg	5	1	6	–	6
Nordfriesland	7	4	11	4	7
Ostholstein	6	10	16	3	13
Pinneberg	7	5	12	2	10
Plön	3	7	10	3	7
Rendsburg- Eckernförde	3	8	11	3	8
Schleswig- Flensburg	3	2	5	1	4
Segeberg	5	3	8	1	7
Steinburg	4	1	5	2	3
Stormarn	6	5	11	–	11
Schleswig- Holstein	54	47	101	21	80

1) ohne die Städte, die sich einem Amt angeschlossen haben

In Schleswig-Holstein waren am 1. 1. 1980 außer den kreisfreien Städten in den Kreisen nur 101 Gemeinden keinem Amt angeschlossen, darunter waren 54 kreisangehörige Städte. Städte sind Gemeinden mit Magistratsverfassung (§ 59 Absatz 1 Gemeindeordnung). Drei der insgesamt 57 kreisangehörigen Gemeinden mit Stadtrecht haben sich einem Amt angeschlossen. Dies sind Friedrichstadt (rund 2 700 Einwohner) im Kreis Nordfriesland, Arnis (rund 500 Einwohner) im Kreis Schleswig-Flensburg und Krempe (rund 2 100 Einwohner) im Kreis Steinburg, also Städte mit einer geringen Einwohnerzahl. Daneben gibt es nur noch vier Städte mit weniger als 5 000 Einwohnern. Die größte kreisangehörige Stadt ist Norderstedt im Kreis Segeberg mit über 60 000 Einwohnern. Es folgen Elmshorn im Kreis Pinneberg mit über 40 000 und fünf weitere Städte mit über 30 000 Einwohnern. Drei der sieben Städte mit einer Wohnbevölkerung über 30 000 liegen im Kreis Pinneberg.

Peter Möller

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht A 1 2 – j/79.

Die Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein seit 1975

Teil 2

Im Teil 1 dieses Aufsatzes — erschienen im Oktober-Heft — wurde die Arbeitsmarktentwicklung seit 1950 unter besonderer Berücksichtigung der letzten fünf Jahre dargestellt, die Teilarbeitsmärkte für Männer und Frauen beschrieben und Gründe für die hohe Frauenarbeitslosigkeit genannt. Darüber hinaus wurde die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Angestellten- und Arbeiterberufen unter Qualifikationsgesichtspunkten untersucht und festgestellt, daß insbesondere männliche Facharbeiter gute Arbeitsmarktchancen haben.

Überdurchschnittlicher Rückgang bei jugendlichen Arbeitslosen

Bekanntlich wirkt sich Arbeitslosigkeit gerade bei Jugendlichen häufig demotivierend und auf das soziale Verhalten negativ aus und stellt daher eine schwere individuelle und gesellschaftliche Belastung dar. Aus diesem Grunde stoßen Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher bei allen Verantwortlichen auf große Aufmerksamkeit.

Die folgenden Angaben zur Arbeitslosigkeit Jugendlicher beziehen sich ausschließlich auf die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Jugendlichen. Bekanntlich melden sich aber dort bei weitem nicht alle Arbeitslosen. Nach einer Schätzung des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein — Hamburg waren Mitte November 1974 in diesem Arbeitsmarktgebiet lediglich gut die Hälfte aller jugendlicher Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern registriert.

Ein unübersehbares Kennzeichen der seit 1974 anhaltenden Unterbeschäftigung ist die hohe Arbeitslosig-

keit der unter 20jährigen Erwerbspersonen. Während Ende September 1973 noch 971 jugendliche Arbeitslose in Schleswig-Holstein gemeldet waren, waren es ein Jahr später schon 2 944 und 1975 4 340 Personen.

Diese negative Entwicklung setzte sich verlangsamt bis 1977 fort. Erst danach ist ein Absinken zu beobachten, wobei der Rückgang von 1978 auf 1979 (— 24,6 %) besondere Beachtung verdient.

Ähnlich wie die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen hat sich auch ihr Anteil an der Zahl aller Arbeitslosen verändert: Dieser Anteil ist bis 1977 angestiegen (von 10,9 % auf 11,9 %), dann aber auf 10,1 % abgefallen. Während also 1975 jeder 9. Arbeitslose ein Jugendlicher war, war es 1979 nur noch jeder zehnte.

Ende September	Jugendliche unter den Arbeitslosen ¹ Anteile in %		
	männlich	weiblich	zusammen
1975	9,5	12,6	10,9
1976	10,6	12,4	11,6
1977	10,8	12,9	11,9
1978	10,6	12,5	11,7
1979	8,5	11,3	10,1

1) Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein — Hamburg, Sonderuntersuchungen über Arbeitslose und offene Stellen Ende September 1975 bis 1979

Dazu scheint die altersspezifische Arbeitslosenquote — das Verhältnis der unter 20jährigen Arbeitslosen zu den unselbständigen Erwerbspersonen gleichen Alters — in Widerspruch zu stehen; denn diese hat

Ende September	Arbeitslose unter 20 Jahren ¹					
	Anzahl			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
1975	2 044	2 296	4 340	34,3	61,5	47,4
1976	1 878	2 562	4 440	— 8,1	11,6	2,3
1977	1 988	2 770	4 758	5,9	8,1	7,2
1978	1 769	2 547	4 316	— 11,0	— 8,1	— 9,3
1979	1 148	2 107	3 255	— 35,1	— 17,3	— 24,6

1) Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein — Hamburg, Sonderuntersuchungen über Arbeitslose und offene Stellen Ende September 1975 bis 1979

sich fast kontinuierlich von 6,6 % (1975) auf 3,9 % (1979) verändert. Während die Arbeitslosenquote für Jugendliche noch 1975 um 2,1 Punkte (oder fast die Hälfte) über der allgemeinen Arbeitslosenquote lag, hat sich dieser Abstand — insbesondere durch die Entwicklung des letzten Erhebungsjahres — auf 0,4 Punkte verringert. Damit hat sich die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen an den Durchschnitt angeglichen.

Ende September	Jugendarbeitslosenquote ¹
1975	6,6 %
1976	5,5 %
1977	5,7 %
1978	5,2 %
1979	3,9 %

Warum nun die Jugendarbeitslosenquote in diesen fünf Jahren um fast die Hälfte gefallen ist, während sich der Anteil der Jugendlichen an den Arbeitslosen nur um kaum einen Punkt reduziert hat, erklärt die gestiegene Anzahl der Jugendlichen (Ergebnisse des Mikrozensus):

April/Mai	in 1 000
1975	169
1976	185
1977	205
1978	218
1979	228

Wenn die Altersgruppe der 15 — 19jährigen um ein Drittel gewachsen ist und sich gleichzeitig ihr Anteil an den Arbeitslosen noch gesenkt hat, so muß die Eingliederung und Wiedereingliederung Jugendlicher in das Berufsleben erfolgreicher verlaufen sein als die der älteren Arbeitslosen oder es müssen schulische Angebote zur Verbesserung der allgemeinen oder beruflichen Ausbildung — letzteres verbunden mit einer vorübergehenden Aufgabe einer Erwerbstätigkeit — in erheblicher Anzahl angenommen worden sein². Beide Entwicklungswege lassen sich statistisch bestätigen. Eine hinreichend genaue Quantifizierung ist allerdings aus stichprobentheoretischen Gründen nicht möglich.

1) Auskunft des LAA Schleswig-Holstein — Hamburg

2) Unter der Voraussetzung, daß sich der bei den Arbeitsämtern registrierte Anteil der arbeitslosen Jugendlichen nicht vermindert hat

Aber nicht nur die Entwicklung, sondern auch die Struktur der Jugendarbeitslosigkeit ist bemerkenswert; denn in wesentlichen Merkmalen unterscheidet sich Jugendarbeitslosigkeit von der der Gesamtheit. Das gilt zunächst für die Verteilung nach dem Geschlecht. Seit 1977 — wie in Teil 1 dieses Aufsatzes ausgeführt — gibt es mehr weibliche als männliche Arbeitslose. Dieser Sachverhalt trifft auch für jugendliche Arbeitslose zu, und zwar in stärkerem Ausmaß: Während im September 1979 65 % der Arbeitslosen unter 20 Jahre Frauen waren, waren es bei den übrigen Altersgruppen „nur“ 57 %.

Noch 1974 waren mehr männliche als weibliche Jugendliche arbeitslos, während der Periode 1975 — 1979 war aber in jedem Jahr die Veränderung gegenüber dem Vorjahr bei den Männern günstiger als bei den Frauen (vgl. Tabelle 1). Im Endergebnis nahm der Bestand der männlichen jugendlichen Arbeitslosen um 44 % ab, der der weiblichen jedoch nur um 8 %.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal ist die berufliche Qualifikation. Wenn auch altersbedingt bei den unter 20jährigen Arbeitslosen eine höhere Rate von Unqualifizierten normal ist, so überrascht doch der Unterschied zu den übrigen Altersgruppen. Knapp die Hälfte aller Arbeitslosen, jedoch drei Viertel der jugendlichen Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung vorzuweisen. Dieses Merkmal ist übrigens bei Frauen und Männern fast gleich ausgeprägt. Gut ein Drittel aller arbeitslosen Jugendlichen — bei den männlichen sind es 42 % und bei den weiblichen 31 % — hatten im September 1979 keinen Hauptschulabschluß.

Auch im Hinblick auf die Dauer der Arbeitslosigkeit weichen die Jugendlichen vom Gesamtbild ab; 81 % der männlichen und 75 % der weiblichen Jugendlichen, aber 47 % aller männlichen und 44 % aller weiblichen Arbeitslosen waren im September 1979 weniger als 3 Monate arbeitslos. Langzeitarbeitslosigkeit hat bei Jugendlichen Seltenheitscharakter: Nur jeder 40. männliche und etwa jede 30. weibliche jugendliche Arbeitslose waren länger als ein Jahr beschäftigungslos, von allen Arbeitslosen dagegen jeder 5. Mann und jede 6. Frau. Hieran erweist sich, daß selbst unzureichend qualifizierte Jugendliche gute Vermittlungschancen haben.

Diese Ergebnisse stehen allerdings unter dem bereits genannten Vorbehalt der Vernachlässigung einer erheblichen, wenn auch gegenwärtig nicht faßbaren Dunkelziffer arbeitsloser, aber nicht registrierter Jugendlicher. Auch neuere Schätzungen, die allerdings

für das ganze Bundesgebiet gelten, gehen davon aus, daß nur etwa die Hälfte — einige vermuten sogar nur ein Drittel — aller beschäftigungslosen Jugendlichen bei der Arbeitsverwaltung gemeldet sind und damit in die Arbeitslosenstatistik eingehen³. Angesichts der starken Jahrgänge, die gegenwärtig und in den nächsten Jahren neu ins Berufsleben eintreten und zunächst zunehmend den Arbeitsmarkt belasten, wäre es höchste Zeit, ein befriedigendes Erfassungsverfahren zu finden, das eine sachgerechte Informationsgrundlage zur Bewältigung eines derart gravierenden sozialen Problems bildet.

Wenig Chancen für ältere Arbeitnehmer

Von der Entspannung des Gesamtarbeitsmarkts konnte der Teilarbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmer nicht profitieren. Die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer — dazu zählen Beschäftigte im Alter von 55 und mehr Jahren — hat sich vielmehr nicht nur relativ, sondern auch absolut erhöht: Seit 1975 ist die Zahl der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe trotz gegenläufiger demografischer Entwicklung kontinuierlich um insgesamt 6,5 % gestiegen. Dahinter verbirgt sich allerdings eine gegensätzliche Entwicklung bei weiblichen und männlichen Arbeitslosen. Denn während bei fast unverminderter Bevölkerung in diesen Altersgruppen die Anzahl älterer arbeitsloser Männer um 16 % gefallen ist, hat die der Frauen um fast 40 % zugenommen:

Alter/ Geschlecht	Ältere Arbeitslose		Veränderung 79/75 in %	Anteil der älteren an allen Arbeitslosen	
	1975	1979		1975	1979
55 bis 59 Jahre					
männlich	978	1 313	+ 34,3	4,5	9,7
weiblich	1 067	1 976	+ 85,2	5,8	10,6
insgesamt	2 045	3 289	+ 60,8	5,1	10,2
60 und mehr Jahre					
männlich	1 443	713	- 50,6	6,7	5,3
weiblich	619	373	- 39,7	3,4	2,0
insgesamt	2 062	1 086	- 47,3	5,2	3,4
55 und mehr Jahre zusammen					
männlich	2 421	2 026	- 16,3	11,2	15,0
weiblich	1 686	2 349	+ 39,3	9,2	12,6
insgesamt	4 107	4 375	+ 6,5	10,3	13,6

3) Vgl. Bernhard Wiemer, Zur Problematik der Statistischen Erfassung der Jugendarbeitslosigkeit, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 2, 1980

Infolge der gegenläufigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer zur Gesamtarbeitslosigkeit ist der Anteil der über 55jährigen an allen Arbeitslosen kräftig gestiegen: bei den Männern von 11,2 % auf 15 % und bei den Frauen von 9,2 % auf 12,6 %.

Jeder siebente arbeitslose Mann und jede achte arbeitslose Frau gehörten 1979 also bereits in diese Altersgruppe. Gestiegen ist ebenfalls die altersspezifische Arbeitslosenquote⁴, und zwar von 4,5 %⁵ (1975) auf 4,8 %⁵ (1979), und lag damit über dem Durchschnitt aller Altersgruppen.

Außer der für diesen Teilarbeitsmarkt bereits genannten unterschiedlichen Entwicklung von Männer- und Frauenarbeitslosigkeit ist auch die gegensätzliche Entwicklung der unterschiedenen Altersgruppen der 55 — 59jährigen und der über 60jährigen auffallend; denn einer hohen Zunahme bei den 55 — 59jährigen steht ein erheblicher Rückgang der über 60jährigen Arbeitslosen entgegen. Eine für die Altersgruppe der 55 — 59jährigen für das Bundesgebiet vorgenommene Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit⁶ zeigte, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe vor allem auf die 58- und 59jährigen zurückzuführen ist. Hier wirkt sich — ebenso wie bei dem deutlichen Rückgang der über 60jährigen Arbeitslosen — die Bestimmung aus, daß Arbeitnehmer mit vollendetem 60. Lebensjahr vorgezogenes Altersruhegeld beziehen können, wenn sie 18 Monate zuvor ununterbrochen ein Jahr lang als arbeitslos registriert waren. Gäbe es diese Regelung nicht, so wäre die Zahl älterer Arbeitsloser vermutlich weitaus höher.

Nach wie vor schwierige Situation für Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen

Die Anzahl der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen war Ende September 1979 mit 9 147 nur um 2,1 % niedriger als im September 1975, lag jedoch um 11,1 % unter dem Vorjahr. Damit konnte die sprunghafte Zunahme von 1976 wieder abgebaut

4) In diesem Falle das Verhältnis der Arbeitslosen im Alter von 55 Jahren und mehr zu den unselbständigen Erwerbspersonen gleichen Alters

5) Eigene Berechnungen

6) Strukturanalyse der Bestände an Arbeitslosen und offenen Stellen, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 3, 1980, S. 209

werden. Da sich die Gruppe dieser Arbeitslosen gegenüber 1975 nur geringfügig verkleinert hat, ist ihr Anteil an allen Arbeitslosen gleichzeitig erheblich gestiegen, insbesondere bei den Männern (um 11 Punkte auf 39 %), die ja, wie berichtet, besonders von der Belebung des Arbeitsmarktes profitiert haben, während die Zahl der arbeitslosen Frauen gegenüber 1975 sogar leicht zugenommen hat. Das erklärt auch den nur um 3 Punkte höheren Anteil der arbeitslosen Frauen mit gesundheitlichen Einschränkungen, obwohl deren Anzahl um 600 (oder 18,5 %) gestiegen ist, während der Anteil der arbeitslosen Männer mit gesundheitlichen Einschränkungen trotz einer Abnahme ihrer Zahl um 800 (oder 13,2 %) um 11 Prozentpunkte gestiegen ist.

	1975	1979
Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen		
männlich	6 069	5 270
weiblich	3 272	3 877
insgesamt	9 341	9 147
Anteil an allen Arbeitslosen		
männlich	28,2 %	39,0 %
weiblich	17,9 %	20,8 %
insgesamt	23,5 %	28,4 %

Das Kriterium „gesundheitliche Einschränkungen“ erlaubt leider keine eindeutigen arbeitsmarktpolitischen Aussagen, da es nichts über das Ausmaß der Einschränkung der Arbeitsfähigkeit aussagt. Zur Zeit gehören dazu Arbeitslose mit und ohne Einschränkung ihrer Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz, so daß über die Vermittelbarkeit dieser Personen solange keine Angaben gemacht werden können, bis differenzierende Zusatzinformationen zu diesem Merkmal vorliegen.

Diese Einschränkung gilt ebenso für die bedeutende Untergruppe der Schwerbehinderten und Gleichgestellten. Deren Entwicklung läßt sich darüber hinaus nicht einwandfrei darstellen, weil infolge der Änderung des Behindertenrechts 1974 dieser Personenkreis gerade im betrachteten Zeitraum gewachsen ist.

Auch zunehmend mehr Ausländer unter den Arbeitslosen

Obwohl die Zahl der Ausländer im September 1979 um 11,4 % unter dem Vergleichsmonat des Jahres 1975 lag, ist wegen der kräftigeren Belebungen auf anderen Teilarbeitsmärkten auch ihr Anteil an allen

Arbeitslosen gestiegen (von 4,7 % auf 5,2 %). Dagegen hat sich Zahl und Anteil der arbeitslosen Ausländerinnen kaum verändert: Trotz der seit 1978 wieder zunehmenden Ausländerbeschäftigung in Schleswig-Holstein — die Vorjahre waren durch einen drastischen Beschäftigungseinbruch gekennzeichnet — liegt die Arbeitslosenquote für Ausländer nach wie vor deutlich über dem Durchschnitt. Während 1977 5,2 % aller unselbständigen Erwerbspersonen als arbeitslos registriert wurden, waren es bei den Ausländern 6,5 %; 1978 sank die allgemeine Arbeitslosenquote auf 4,8 %, die der Ausländer stieg dagegen auf 6,9 %. Für 1979 wurden zwar nur noch 6,6 % ermittelt, gleichzeitig war die allgemeine Arbeitslosenquote aber auf 4,2 % gefallen. Bei diesen Zahlen handelt es sich um Jahresdurchschnittsergebnisse. Da Ausländer häufig in wetterabhängigen Branchen arbeiten, gibt ein Jahresdurchschnittsergebnis die Beschäftigungssituation besser wieder als dies ein — zudem noch jahreszeitlich günstiges — Stichtagsergebnis vermag.

Mehr arbeitslose Hoch- und Fachhochschulabsolventen

Für Hochschul- und Fachhochschulabsolventen ist es schwieriger geworden, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Zahl der Arbeitslosen dieser Kategorie ist um fast ein Viertel auf 1 313 geklettert, wobei die Zahl der arbeitslosen Frauen um das Eineinhalbfache gestiegen ist und die der arbeitslosen Männer um fast 10 % gesunken ist. Inzwischen hat jeder 25. Arbeitslose eine Hoch- oder Fachhochschulausbildung abgeschlossen.

Die Beschäftigungschancen sind allerdings für Fachhochschulabsolventen wesentlich günstiger als für Hochschulabsolventen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen mit Hochschulabschluß in Schleswig-Holstein um 18 %, derjenigen mit Fachhochschulabschluß dagegen nur um 5 %. Wegen der höheren Mobilität und der dadurch häufigen überregionalen Vermittlungen dieses Personenkreises ist es angebracht, die Verhältnisse im Bund mit einzu beziehen. Diese sind in der Tendenz gleich, im Niveau aber unterschiedlich; denn hier hat sich die Anzahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen gegenüber 1978 nur um 7 % erhöht, die der Fachhochschulabsolventen ist sogar geringfügig gesunken. Eine Bewertung dieser Entwicklung muß aber berücksichtigen, daß das Niveau der Arbeitslosigkeit für Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik nach wie vor deutlich unter dem für alle Erwerbstätigen liegt — die Bundesanstalt für Arbeit gibt für Ende September 1979 die spezifische Arbeits-

losenquote für das Bundesgebiet mit gut 2 % an —, obwohl dieser Personenkreis in den letzten Jahren gewachsen ist. Unter den arbeitslosen Hochschulabsolventen dominieren deutlich die Lehrer — eine Berufsgruppe, die vor allem wegen der abnehmenden Zahl der Schüler zunehmend weniger gefragt wird.

Maßgeblich für die günstigere Situation der Fachhochschulabsolventen ist das große Stellenangebot in Berufssparten, die voll vom Konjunkturaufschwung erfaßt worden sind, insbesondere Ingenieure und wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Berufe. Ungünstige Arbeitsmarktverhältnisse bestehen jedoch auch für Fachhochschulabsolventen dort, wo der öffentliche Dienst oder vergleichbare Arbeitgeber (Kirchen, Wohlfahrtsverbände u. a.) beherrschende Nachfrager sind. Das trifft vor allem für sozialpflegerische Berufe zu.

**Nach wie vor:
Unerfüllte Wünsche nach Teilzeitbeschäftigung**

Registrierte Wünsche nach Teilzeitbeschäftigung werden zu 99 % von Frauen gestellt. Die männliche Komponente wird daher im folgenden vernachlässigt.

Arbeitslose Frauen mit Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung

Ergebnisse der September — Sonderuntersuchungen

1975	7 732
1976	8 647
1977	9 172
1978	8 645
1979	7 832

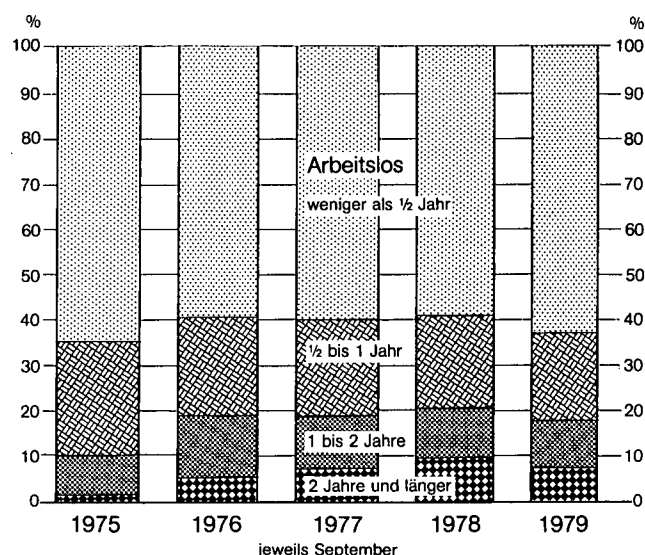
Es ist im Beobachtungszeitraum nicht gelungen, auf dem Sektor der Teilzeitarbeitslosigkeit den Bestand an Arbeitslosen entscheidend zu verringern. Gegenüber 1975 liegt die Zahl dieser Arbeitslosen 1979 geringfügig höher, wobei zu vermerken ist, daß sie in den Jahren 1976 und 1977 zunächst um 12 % und dann noch einmal um 6 % gestiegen war und erst danach gesunken ist. Gegenüber 1977 sind im September 1979 14 % weniger gezählt worden. Bemerkenswert ist aber der nahezu konstante Anteil der Teilzeitarbeitslosen an allen weiblichen Arbeitslosen an den fünf betrachteten Stichtagen, der darauf hinweist, daß auch eine Vermittlung von Teilzeitbeschäftigungen in nachhaltigem Umfange gelungen ist — trotz der für Teilzeitarbeit Suchende extrem ungünstigen Angebot-Nachfrage-Situation. Denn während für 100 Vollzeit-

beschäftigung nachfragende Frauen 28 Stellen offen sind, sind es für Teilzeitbeschäftigung Suchende nur knapp 9.

Deutlich weniger Langzeit-Arbeitslose

Zu den hoffnungsvollsten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins gehört der Rückgang der seit mehr als einem Jahr beschäftigungslosen Personen. Nachdem bis 1978 zunehmend mehr Arbeitslose in diese Kategorie fielen, hat das Septemberergebnis 1979 erstmals eine deutliche Wende angezeigt.

D 5173 **Arbeitslosigkeit nach der Dauer**



Der Anteil der langfristig Arbeitslosen an allen Arbeitslosen war 1975, also zu Beginn der Krise, naturgemäß relativ gering, stieg dann aber bereits 1976 drastisch von 10 % auf fast 19 %, wobei sich der Anteil der Personen, die bereits mehr als 2 Jahre ohne Arbeit waren, verdreifachte. Diese letztgenannte Gruppe nahm in den beiden folgenden Jahren weiterhin kräftig zu und bewirkte, daß 1978 schließlich mehr als jeder 5. Arbeitslose länger als 1 Jahr ohne Arbeit war — darunter jeder Zweite länger als 2 Jahre. Die für 1979 genannte Besserung wirkte sich erfreulicherweise vornehmlich bei diesen „Dauerarbeitslosen“ aus; ihr Anteil sank — gegenüber 1976 um fast ein Viertel — auf 7,5 %.

Welche arbeitsmarktspezifischen Merkmale sind für Langzeitarbeitslose typisch? Zunächst ist bemerkenswert, daß mehr Langzeitarbeitslose unter den Männern (21 %) als unter den Frauen (16 %) zu finden sind. Da aber zu vermuten ist, daß gerade mitverdienende

Frauen, die sich lange Zeit vergeblich um Arbeit bemüht haben, sich irgendwann bei ihrem Arbeitsamt „abmelden“ und damit die sogenannte stille Reserve vermehren — das sind die Personen, die unter normalen Arbeitsmarktbedingungen arbeiten würden, sich aber bei schlechter Beschäftigungslage verdrängen lassen und nicht als Arbeitslose registriert sind —, dürfte das Merkmal „Geschlecht“ ziemlich unbedeutend sein. Unübersehbar ist jedoch der hohe Anteil an Älteren unter den langfristig Arbeitslosen. Bei den Männern waren 31 % aller Arbeitslosen über 45 Jahre alt, aber 57 % derjenigen, die schon länger als 1 Jahr und sogar 63 % derjenigen, die schon länger als 2 Jahre ohne Beschäftigung waren. Bei den arbeitslosen Frauen insgesamt war jede vierte über 45 Jahre alt, bei den länger als 1 Jahr Arbeitslosen jedoch fast jede zweite. Und zwei Drittel aller Frauen, die mehr als 2 Jahre arbeitslos waren, waren älter als 45 Jahre.

Außer dem Alter ist auch die Berufszugehörigkeit und — damit zusammenhängend — die Qualifikation von erheblicher Bedeutung. Arbeitslose, die den Angestelltenberufen zuzurechnen sind, sind in der Gruppe der Langzeitarbeitslosen unterrepräsentiert. Das gilt für Männer und Frauen. Untersucht man die Situation in den einzelnen Berufsgruppen, so zeigen sich für die Männer bei den Hilfsarbeitern, den Lagerverwaltern und Transportarbeitern, den Ordnungs- und Sicherheitsberufen und denjenigen mit nicht bestimmtem Beruf überdurchschnittlich hohe Anteile an Langzeitarbeitslosen. Da diesen Berufen ein sehr hoher Anteil an unqualifizierten Berufszugehörigen gemeinsam ist, bestätigt sich erneut die Bedeutung einer fundierten Berufsausbildung. Auch bei den Frauen gibt es bei den Hilfsarbeitern ohne nähere Tätigkeitsangabe den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen, gefolgt von den Textil- und Bekleidungsberufen und den Warenprüfern/Versandfertigmachern. Außer diesen eben genannten Fertigungsberufen sind Langzeitarbeitslose überdurchschnittlich häufig in den Reinigungsberufen zu finden, während Angestelltenberufe, wie bereits gesagt, ein günstigeres Bild vermitteln. Hier liegt nur die Gruppe der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe leicht über dem Durchschnitt.

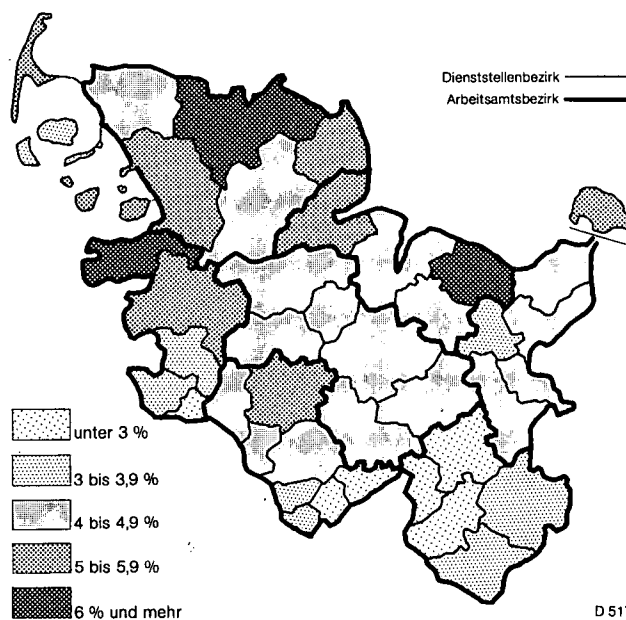
Regionale Ergebnisse

Arbeitslosigkeit wirkt sich in Schleswig-Holstein regional sehr unterschiedlich aus. Die Landesarbeitslosenquote von 4,2 % im Jahre 1979 konnte dank der günstigen Verhältnisse in den Hamburg nahen Arbeitsamtsbereichen Bad Oldesloe (2,9 %) und Elmshorn (3,6 %) erreicht werden. Die übrigen fünf Arbeitsamts-

bezirke lagen — zum Teil erheblich — über dem Landesdurchschnitt. Die Arbeitslosigkeit in unserem Lande läßt sich damit — zwar vereinfachend aber doch treffend — als Nord-Süd-Gefälle beschreiben. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß ein Nord-Süd-Gefälle nicht etwa allein aufgrund der traditionell wirtschaftlich schwachentwickelten Räume an der Westküste und im Landesteil Schleswig entstanden ist, sondern daß auch die „alten“ Wirtschaftsstandorte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster unter überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Durchgängig ist das erst seit einigen Jahren zu beobachten; noch während der vorletzten Rezession um das Jahr 1967 war die Position der kreisfreien Städte wesentlich günstiger. Inzwischen hat das wirtschaftlich hoch entwickelte und günstiger strukturierte nördliche Hamburger Umland ihnen längst den Rang abgelassen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die von der engen Verflechtung mit dem potenten Wirtschaftsraum Hamburg bis zu Struktur-schwächen in den Oberzentren (zum Beispiel Schiffbau) reichen.

In Teil 1 dieses Aufsatzes wurde darauf hingewiesen, daß die jüngste Wirtschaftskrise eine konjunkturelle und eine strukturelle Komponente hat. Daß diese strukturelle Komponente in den kreisfreien Städten ein besonderes Gewicht besitzt, belegt auch die Veränderung der Arbeitslosenquote seit 1975, die in Schleswig-Holstein um rund ein Fünftel (von 5,2 % auf 4,2 %) zurückgegangen ist, im Hamburger Umland und sogar im Arbeitsamtsbezirk Heide dem Konjunkturverlauf entsprechend überdurchschnittlich abgenommen hat,

Arbeitslosenquote in den Dienststellenbezirken
Ende September 1979



D 5174

jedoch in allen, kreisfreie Städte einschließenden Arbeitsamtsbezirken nur relativ wenig gesunken ist. Die konjunkturellen Auftriebskräfte haben hier also keinen ausreichenden Ansatzpunkt gefunden. In Flensburg lag die Quote des Jahres 1979 übrigens sogar über der von 1975!

Die Berechnung von Arbeitslosenquoten für kleine Räume ist problematisch. Da es keine neueren Zahlen über regionale Erwerbstätige gibt, wird die Zahl der unselbständigen Erwerbspersonen — der Nenner der Arbeitslosenquote — nach folgendem Verfahren berechnet: Die aktuelle (fortgeschriebene) Wohnbevölkerungszahl dieses Raumes wird mit dem Bruch (unselbständige Erwerbstätige zu Wohnbevölkerung am 27. 5. 1970 in diesem Raum) multipliziert. Dazu werden die dort gemeldeten Arbeitslosen addiert. Problematisch ist dabei sowohl die Verwendung der 10 Jahre alten Quote der unselbständig Erwerbstätigen der Volkszählung 1970 als auch das Heranziehen von Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung, die gerade in regionaler Hinsicht ungenau sein kann.

Obwohl ihre Aussagekraft eingeschränkt ist, sollen doch zur Veranschaulichung der starken Unterschiede zwischen den regionalen Arbeitsmärkten einige Zahlen für Dienststellenbezirke — das sind die vier bis acht Verwaltungseinheiten, die einen Arbeitsamtsbezirk bilden — genannt werden.

Im ohnehin begünstigten Hamburger Umland nimmt der zum Arbeitsamtsbezirk Bad Oldesloe gehörende

Dienststellenbezirk Ahrensburg mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von nur 1,8 % eine Sonderstellung ein. Gleichzeitig ist dies das beste Ergebnis aller Dienststellenbereiche.

Sämtliche an Hamburg angrenzenden Dienststellenbezirke weisen eine unter dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosenrate aus. Alle Gebiete mit Quoten unter 3 % liegen im Hamburger Umland — mit Ausnahme des Dienststellenbezirks Brunsbüttel (2,5 % Arbeitslose), eines von der Landesregierung bekanntlich besonders geförderten Wirtschaftsraumes, der auch die benachbarten Dienststellenbezirke Marne, Meldorf und Wilster begünstigt hat, aber offensichtlich nicht mehr den Raum um Heide und Itzehoe spürbar beleben konnte.

Die mit Abstand höchste Arbeitslosigkeit findet sich im Bezirk Tönning (7,3 %), gefolgt von Flensburg (6,4 %) und Lütjenburg (6,2 %).

Insgesamt übertrifft die Arbeitslosigkeit im Landesteil Schleswig bei weitem die schon deutlich über dem Landesdurchschnitt liegenden Landesteile Mittelholstein und Dithmarschen, so daß der relativ günstige Landesdurchschnitt mit Ausnahme des Brunsbütteler Raums allein auf die guten Arbeitsmarktverhältnisse im Süden unseres Landes zurückzuführen ist.

Jörg Rüdell

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 — 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Urlaubsreisen	1/2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Geflügelhaltung	1/14
Produzierendes Gewerbe	
Handwerksstatistik ab 1977	1/7

STATISTISCHE MONATSFESTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

33. Jahrgang Heft 2 Februar 1981

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979			1980				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 589	2 595	2 598	2 599	2 599	2 610	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 048	1 089	1 112	941	1 042	1 156	1 195	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		4,9	5,0	5,0	4,4	4,7	5,4	5,4	
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 932	1 901	1 996	1 812	1 865	1 994	2 152	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,0	8,8	9,0	8,5	8,4	9,3	9,7	
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 605	2 617	2 758	2 664	2 735	2 461	2 604	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,1	12,1	12,5	12,5	12,4	11,5	11,7	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	28	25	32	27	24	37	23	
* je 1 000 Lebendgeborene		14,7	13,0	16,0	14,9	12,9	18,6	10,7	
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 673	- 716	- 762	- 852	- 870	- 467	- 452	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,1	- 3,3	- 3,5	- 4,0	- 3,9	- 2,2	- 2,0	
Wanderungen											
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 151	6 397	8 251	6 495	5 255	7 724	
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 136	5 038	6 987	4 873	4 292	6 393	
* Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 015	+ 1 359	+ 1 264	+ 1 622	+ 963	+ 1 331	
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 720	10 129	12 705	10 756	9 093	11 898	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 007	21 564	27 943	22 124	18 640	26 015	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		142	147	184	154	126	177	
Arbeitslage											
* Arbeitslose	1 000	44	39	35	38	42	34	40	46	53	
darunter * Männer	1 000	21	18	14	17	20	16	18	22	28	
Kurzarbeiter	1 000	2,7	2,6	1,4	1,7	1,6	1,4	1,8	4,1	5,3	
darunter Männer	1 000	2,0	1,9	0,8	0,9	1,1	0,8	1,0	2,4	3,6	
Offene Stellen	1 000	9,8	12,2	11,5	10,1	9,3	9,9	9,4	8,3	7,8	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 585 ^a	1 552 ^a	.	.	1 552	.	.	.	p 1 552	
darunter * Milchkühe	1 000	518 ^a	511 ^a	.	.	511	.	.	.	p 520	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
* Schweine	1 000	1 856 ^a	1 854 ^a	.	.	1 854	.	.	.	p 1 808	
darunter * Zuchtsauen	1 000	205 ^a	201 ^a	.	.	201	.	.	.	p 199	
darunter * trächtig	1 000	136 ^a	134 ^a	.	.	134	.	.	.	p 134	
Schlachtungen von Inlandtieren											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	39	41	65	48	35	51	71	49	41	
* Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
* Schweine	1 000 St.	252 ^b	256 ^c	282	282	247	276	285	260	259	
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	5	5	4	8	7	3	4	8	7	
* Schlachtmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)											
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	31,3	31,9	41,7	35,3	29,0	37,4	43,3	33,6	31,5	
* Kälber	1 000 t	10,9	11,6	19,1	12,8	9,6	15,1	20,4	12,8	11,1	
* Schweine	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
* Schweine	1 000 t	20,2	20,1	22,4	22,3	19,2	22,0	22,7	20,5	20,2	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	284	286	300	277	279	297	295	273	277	
Kälber	kg	100	103	106	104	108	106	102	99	106	
Schweine	kg	82	80	81	81	80	80	81	82	80	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾ * für Legehennenküken	1 000	149	142	170	120	64	143	73	119	80	
* für Masthühnerküken	1 000	1 101	1 082	874	1 054	901	1 019	1 004	1 074	1 095	
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	897	970	1 054	982	830	1 015	1 100	835	1 000	
* Milcherzeugung											
darunter * an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	94	95	95	95	94	95	96	
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,8	12,7	10,0	10,6	11,7	10,0	10,4	10,9	12,0	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1978/79 = 7 c) Winterhalbjahr 1979/80 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979			1980			
				Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	179	180	183	182	181	186	185	184	182
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	127	128	130	130	129	132	131	130	128
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 979	18 853	20 935	20 508	17 506	19 815	20 996	19 271	17 659
* Löhne (brutto)	Mill. DM	266,5	281,3	288,8	364,9	291,5	303,0	314,0	390,4	326,3
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	152,7	163,0	156,3	212,9	180,0	172,0	172,0	239,1	205,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	(1 135)	1 244	1 616	1 340	1 263	1 350	1 336	1 858	1 623
darunter Ausland	Mill. DM	(324)	314	562	282	314	329	318	391	647
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 195	2 381	2 624	2 732	2 544	2 715	2 864	2 617	2 990
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	363	372	400	482	443	440	436	391	648
* Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	19	23	23	20	31	41	39	45
* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	28,9	30,8	33,2	30,9	28,4	28,9	31,3	32,6	27,3
* Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	2,4	2,4	2,0	1,1	3,1	0,7	1,0	1,0	1,0
* Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	26,6	28,5	31,1	29,8	25,3	28,2	30,3	31,6	26,2
* Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	84	105	132	134	127	59	94	93	111
* leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	18	19	19	10	12	14	15
* schweres Heizöl	1 000 t	64	86	115	114	108	49	82	78	97
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	200	215	246	244	220	211	246	232	231
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	41	45	39	30	40	43	41
* Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	54 970	57 160	58 006	57 291	56 662	59 032	57 999	57 307	56 476
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 478	6 486	8 606	7 583	5 141	8 211	8 211	6 763	4 323
darunter für										
* Wohnungsbauten	1 000	2 996	3 024	3 720	3 374	2 353	3 603	3 591	3 057	2 000
* gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 007	1 078	1 528	1 287	879	1 440	1 501	1 194	777
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 189	2 168	3 035	2 668	1 739	2 925	2 876	2 361	1 435
* Löhne (brutto)	Mill. DM	100,0	108,6	142,9	150,7	90,4	145,9	145,7	147,5	89,3
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	15,4	17,0	16,0	22,8	19,3	17,7	17,8	25,4	20,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	289,3	331,9	383,4	518,3	572,0	561,2	573,7	498,7	682,0
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	228,0	257,5	321,0	221,5	185,1	318,3	260,2	180,0	196,2
Ausbaugewerbe										
Beschäftigte ⁸⁾	Anzahl	8 839	8 912	9 445	9 347	9 251	9 102	9 274	9 198	9 060
Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000	1 084	1 079	1 288	1 216	1 015	1 148	1 224	1 080	1 026
Löhne und Gehälter ⁸⁾	Mill. DM	17,4	18,3	20,2	22,4	19,9	20,1	21,2	22,1	21,6
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	44,9	50,4	58,5	65,5	91,2	57,6	70,0	74,4	101,6
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	879	674	701	690	727	572	591	955	...
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	742	767	792	846	874	698	822	851	...
* Gaserzeugung (brutto) ³⁾	Mill. m ³	4	5	4	5	6	2	3	5	6
Handwerk										
Handwerk (Mefzahlen)⁹⁾										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 $\hat{=}$ 100	103,1	108,4	.	.	110,4	112,3	.	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. - D 1976 $\hat{=}$ 100	109,2	121,9	.	.	152,9	140,3	.	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) 1 t Steinkohle $\hat{=}$ 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29,3076 GJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ $\hat{=}$ 35 169 kJ/m³) $\hat{=}$ 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht $\hat{=}$ 1,46 t SKE, schwer $\hat{=}$ 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom $\hat{=}$ 0,123 t SKE 6) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) im ausbaugewerblichen Betriebsteil 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979			1980			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 190	1 056	1 260	941	833	923	952	739	...
darunter mit										
* 1 Wohnung	Anzahl	1 055	910	1 098	782	718	738	779	587	...
* 2 Wohnungen	Anzahl	89	101	117	92	74	142	112	116	...
* Rauminhalt	1 000 m ³	1 011	915	1 092	862	634	840	841	641	...
* Wohnfläche	1 000 m ²	172	155	181	148	111	143	146	111	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	182	165	216	168	124	213	193	147	...
* Rauminhalt	1 000 m ³	630	678	635	629	651	645	666	455	...
* Nutzfläche	1 000 m ²	112	117	110	107	102	119	112	80	...
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 781	1 607	1 877	1 522	1 213	1 543	1 630	1 202	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	437,2	467,2	501,0	505,3	582,7	473,8	522,3	431,1	...
davon Güter der										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	76,9	79,4	87,3	85,0	75,7	78,7	101,3	85,0	...
* gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	360,3	387,9	413,7	420,3	507,1	395,1	421,0	346,2	...
davon * Rohstoffe	Mill. DM	9,8	10,8	12,5	12,0	12,2	12,1	13,5	8,8	...
* Halbwaren	Mill. DM	31,2	42,6	75,9	57,8	36,8	56,6	49,7	41,9	...
* Fertigwaren	Mill. DM	319,4	334,4	325,3	350,5	458,1	326,4	357,8	295,4	...
davon * Vorerzeugnisse	Mill. DM	29,1	33,8	42,2	43,4	32,6	44,9	42,8	32,6	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	290,3	300,6	283,1	307,1	425,5	281,5	315,0	262,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	188,9	210,8	253,5	240,4	212,9	214,3	214,2	194,4	...
darunter										
Italien	Mill. DM	18,4	22,2	24,7	23,5	25,5	21,5	24,4	18,4	...
Niederlande	Mill. DM	43,7	42,7	51,9	46,9	46,4	42,7	46,8	45,7	...
Dänemark	Mill. DM	39,9	46,7	54,0	60,2	51,1	49,9	46,2	37,3	...
Großbritannien	Mill. DM	33,1	41,2	44,4	41,2	34,8	37,6	32,9	37,1	...
* Einzelhandelsumsätze (Mehrzahl)	1970 = 100	202,2	211,6	216,8	227,3	269,9	211,1	228,9	234,5	291,2
* Gastgewerbeumsätze (Mehrzahl)	1970 = 100	172,8	174,1	165,4	129,9	140,7	215,3	173,7	136,6	151,9
Fremdenverkehr in 156 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	246	238	207	110	91	319	p 215	p 110	...
darunter * von Auslandsgästen	1 000	21	21	21	12	8	27	p 19	p 11	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 931	1 826	967	422	371	2 307	p 1 047	p 429	...
darunter * von Auslandsgästen	1 000	43	46	49	26	18	59	p 42	p 24	...
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 204	1 249	1 347	1 225	1 158
Güterversand	1 000 t	461	496	561	513	442
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	209	200	282	239	237	230	205	192	195
* Güterversand	1 000 t	238	227	236	230	192	232	209	174	181
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	244	299	97	45	103	153	111
* Personenkraftwagen 2)	Anzahl	8 960	8 566	7 745	7 337	5 397	7 437	7 959
* Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	510	547	564	541	453	496	545
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 549	1 401	1 509	1 615	1 578	1 705	1 642	p 1 522	p 1 284
* Getötete Personen	Anzahl	53	44	52	53	55	39	54	p 43	p 50
* Verletzte Personen	Anzahl	2 028	1 828	1 948	2 045	2 045	2 139	2 074	p 1 945	p 1 670

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979			1980				
		Monats- durchschnitt ¹⁾			Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen ²⁾											
* Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	41 315	46 900	45 087	45 981	46 900	50 505	50 911	51 782	52 677	
darunter											
* Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	39 295	45 026	43 198	44 091	45 026	48 745	49 147	50 000	50 863	
* kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 720	7 866	7 265	7 459	7 866	8 442	8 412	8 522	8 893	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 670	7 764	7 247	7 391	7 764	8 413	8 331	8 440	8 766	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	50	102	19	68	102	29	81	82	127	
* mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 384	4 798	4 663	4 743	4 798	5 035	5 066	5 277	5 420	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 311	3 603	3 531	3 575	3 603	3 799	3 826	3 922	4 027	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 073	1 194	1 132	1 168	1 194	1 236	1 240	1 355	1 393	
* langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	28 191	32 362	31 269	31 889	32 362	35 268	35 669	36 200	36 550	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	22 168	25 565	24 921	25 202	25 565	27 760	28 032	28 309	28 553	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 023	6 797	6 348	6 687	6 797	7 508	7 637	7 891	7 997	
* Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	29 682	32 142	31 180	31 443	32 142	32 869	33 102	33 697	34 504	
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	16 245	18 340	17 800	18 137	18 340	19 688	19 901	20 493	20 576	
* von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 415	13 261	12 675	13 173	13 261	14 420	14 564	15 122	15 050	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 831	5 079	5 125	4 964	5 079	5 268	5 338	5 371	5 526	
* Spareinlagen	Mill. DM	13 437	13 802	13 380	13 307	13 802	13 182	13 200	13 204	13 928	
* bei Sparkassen	Mill. DM	7 571	7 797	7 565	7 531	7 797	7 503	7 514	7 519	7 924	
* Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	653	659	578	589	702	582	614	595	828	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	580	630	648	664	701	587	597	593	777	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	28	27	29	34	19	23	53	40	48	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,1	-	-	-	-	-	-	1	
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	250	298	326	280	277	348	386	348	404	
* Wechselsumme	Mill. DM	1,4	1,8	2,1	1,1	1,2	2,1	2,3	2,3	2,8	
Steuern											
		Vierteljahres- durchschnitt			4. Vj. 79			3. Vj. 80			4. Vj. 80
Steueraufkommen nach der Steuerart											
* Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 747,0	1 886,0	.	.	1 941,5	2 128,1	
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 302,4	1 385,0	.	.	1 465,7	1 548,9	
* Lohnsteuer 4)	Mill. DM	811,0	852,8	.	.	960,4	1 050,8	
* veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	368,4	386,3	.	.	378,8	353,7	.	.	356,6	
* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	12,9	9,5	.	.	11,2	20,5	.	.	17,5	
* Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	110,1	136,4	.	.	115,3	123,9	
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	444,6	501,0	.	.	475,7	579,2	.	.	626,5	
* Umsatzsteuer	Mill. DM	319,6	349,2	.	.	288,7	394,6	.	.	412,7	
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	125,0	151,8	.	.	187,0	184,7	.	.	213,7	
* Bundessteuern	Mill. DM	134,2	140,6	.	.	136,9	105,9	.	.	117,5	
* Zölle	Mill. DM	0,5	0,4	.	.	0,5	0,5	.	.	0,2	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	124,5	130,7	.	.	131,2	98,5	.	.	111,6	
* Landessteuern	Mill. DM	122,6	133,7	.	.	118,5	153,2	.	.	121,4	
* Vermögensteuer	Mill. DM	24,7	27,2	.	.	28,2	23,8	.	.	28,4	
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	66,9	76,0	.	.	57,1	94,6	.	.	59,7	
* Biersteuer	Mill. DM	4,4	4,2	.	.	4,1	5,3	.	.	4,2	
* Gemeindesteuern	Mill. DM	262,1	284,9	.	.	282,1	311,9	
* Grundsteuer A	Mill. DM	6,9	7,0	.	.	6,8	7,1	
* Grundsteuer B	Mill. DM	48,5	49,9	.	.	45,0	58,9	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	167,0	188,4	.	.	189,3	222,6	
* Lohnsummensteuer	Mill. DM	19,3	20,2	.	.	21,2	0,2	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	987,0	1 077,8	.	.	1 177,8	1 125,6	.	.	1 266,4	
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	521,2	559,7	.	.	639,1	601,4	.	.	669,1	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	300,1	338,2	.	.	321,1	391,0	.	.	422,9	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	31,5	39,3	.	.	80,7	27,3	.	.	56,9	
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 021,5	1 105,3	.	.	1 169,3	1 228,6	.	.	1 270,6	
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	607,6	643,9	.	.	730,3	716,3	.	.	790,9	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	259,8	288,4	.	.	240,1	331,8	.	.	301,5	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	31,5	39,4	.	.	80,3	27,3	.	.	56,9	
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	379,0	386,1	.	.	521,6	454,6	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	104,0	109,6	.	.	28,6	168,0	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	180,0	179,9	.	.	400,2	197,3	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979			1980			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 $\hat{=}$ 100	146,2	165,1	172,2	174,4	177,5	193,5	196,4	201,5	...
Ausfuhrpreise	1970 $\hat{=}$ 100	145,3	152,7	155,4	155,6	156,3	163,8	164,6	165,3	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	1970 $\hat{=}$ 100	145,5	156,1	161,0	162,1	163,4	r 174,5	176,1
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	1976 $\hat{=}$ 100	103,9	108,9	110,9	111,3	111,7	117,7	118,7	119,5	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	1976 $\hat{=}$ 100	95,5	96,9	98,3	99,7	101,1	p 97,1	p 98,1	p 100,5	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ⁷⁾	1976 $\hat{=}$ 100	111,3	121,1	-	125,2	-	-	-	...	-
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	1976 $\hat{=}$ 100	100,8	106,0	107,5	108,1	108,7	112,6	113,2	p 114,8	...
Einzelhandelspreise	1976 $\hat{=}$ 100	106,4	110,1	111,2	111,8	112,2	116,5	116,7	117,4	118,0
*Preisindex der Lebenshaltung ⁸⁾ insgesamt	1976 $\hat{=}$ 100	106,5	110,9	112,2	112,6	113,1	117,7	117,9	118,6	119,3
darunter für										
*Nahrungs- und Genussmittel	1976 $\hat{=}$ 100	106,4	108,2	108,5	108,9	109,4	112,9	112,5	113,1	113,8
Kleidung, Schuhe	1976 $\hat{=}$ 100	109,4	114,2	116,3	116,7	117,0	122,1	122,6	123,2	123,4
Wohnungsmieten	1976 $\hat{=}$ 100	106,4	109,8	111,4	111,9	112,3	116,5	116,7	117,0	117,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 $\hat{=}$ 100	103,3	124,8	128,5	129,9	131,6	134,7	137,6	141,1	145,4
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1976 $\hat{=}$ 100	106,8	110,2	111,2	111,9	112,5	117,4	118,1	119,1	119,7
Löhne und Gehälter⁹⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	544	577	593	.	.	.	620	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	568	607	626	.	.	.	656	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	361	377	382	.	.	.	405	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	343	361	368	.	.	.	388	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	12,67	13,45	13,72	.	.	.	14,64	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	13,30	14,16	14,47	.	.	.	15,44	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	8,95	9,37	9,46	.	.	.	10,15	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	8,51	8,97	9,08	.	.	.	9,72	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Stunden	42,7	42,7	43,2	.	.	.	42,3	.	.
weibliche Arbeiter	Stunden	40,3	40,1	40,4	.	.	.	39,9	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 907	3 086	3 134	.	.	.	3 369	.	.
*weiblich	DM	2 009	2 126	2 151	.	.	.	2 306	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	3 106	3 305	3 357	.	.	.	3 580	.	.
*weiblich	DM	1 921	2 040	2 070	.	.	.	2 231	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 534	2 675	2 722	.	.	.	2 904	.	.
*weiblich	DM	1 701	1 806	1 834	.	.	.	1 983	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 591	2 735	2 786	.	.	.	3 040	.	.
weiblich	DM
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 654	2 808	2 854	.	.	.	3 051	.	.
weiblich	DM	1 786	1 893	1 921	.	.	.	2 074	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	3 070	3 267	3 319	.	.	.	3 546	.	.
weiblich	DM	1 918	2 035	2 068	.	.	.	2 229	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassensämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 7) Nur Neubau 8) für alle privaten Haushalte 9) Effektivverdienste

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾ in 156 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1975	15	19	13	1 025	4 941	2 000	823	4 312	2 892	229	23 684	452
1976	16	15	12	1 040	5 394	2 278	920	4 719	2 951	229	24 469	480
1977	16	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	r 3 007	237	r 24 069	494
1978	20	15	7	1 072	5 246	2 267	747	4 324	2 942	246	23 181	505
1979	19	17	8	...	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1975	875	8	742	47	16 376	684	21 690	10 719	421,3	134,2	57,0	37,4
1976	922	9	785	47	17 716	591	23 184	11 705	477,6	153,0	61,4	37,4
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	63,8	36,0
1978	1 035	14	889	51	18 587	633	24 330	13 437	559,6	183,2	62,2	39,2
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁶⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch- steuern	Gewerbe- steuern	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
	Mill. DM											
1975	3 043	3 059	1 176	1 239	3 588	2 267	1 061	366	611	5 094	2 360	1 845
1976	3 418	3 387	1 318	1 357	4 071	2 561	1 213	430	647	6 019	2 463	1 931
1977	3 788	3 876	1 466	1 487	4 596	2 822	1 403	481	735	6 613	2 491	1 940
1978	4 022	4 141	1 516	1 778	4 759	2 849	1 474	498	745	7 317	2 544	2 003
1979	4 386	3 487	1 544	2 004	5 091	3 002	1 545	523	834	7 865	2 592	2 044

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn- gebäude 1970 ≙ 100	der Lebenshaltung ⁹⁾ 1976 ≙ 100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie 10) und Handel			öffentlicher Dienst	
	indu- strieller Produkte	landwirt- schaftlicher Produkte		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Bruttowochenlohn	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
	1970 ≙ 100	1970 ≙ 100			Männer		kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1975	135,5	133,2	138,9	95,9	95,6	448	291	2 194	1 440	2 564	2 348	1 739
1976	140,8	149,0	143,7	100	100	482	315	2 341	1 554	2 716	2 462	1 825
1977	144,5	142,3	150,7	103,7	104,9	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919
1978	146,3	137,0	159,7	106,5	106,4	544	361	2 654	1 786	3 070	2 704	2 003
1979	153,6	139,6	173,1	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267

1) Errichtung neuer Gebäude (Wohn- und Nichtwohnbau) 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres) 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) ohne Kassenkredite 7) ohne Schulden der Eigenbetriebe 8) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 9) für alle privaten Haushalte 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. September 1980			Bevölkerungsveränderung im September 1980			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1980 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbene (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	88 130	+ 0,0	- 0,9	- 30	+ 48	+ 18	45	2	50
KIEL	249 809	- 0,1	- 0,4	- 92	- 150	- 242	112	6	135
LÜBECK	221 306	- 0,1	- 0,9	- 97	- 63	- 160	86	1	104
NEUMÜNSTER	80 209	- 0,0	- 0,4	- 22	- 3	- 25	33	-	39
Dithmarschen	130 662	+ 0,0	+ 0,2	- 67	+ 77	+ 10	68	5	89
Hzgt. Lauenburg	155 793	+ 0,1	+ 1,0	- 29	+ 174	+ 145	70	2	104
Nordfriesland	162 097	- 0,1	+ 0,4	- 16	- 215	- 231	75	1	96
Ostholstein	191 482	- 0,0	+ 1,0	- 52	- 11	- 63	103	9	139
Pinneberg	260 410	+ 0,1	+ 0,7	- 23	+ 220	+ 197	121	2	147
Plön	116 210	+ 0,1	+ 0,3	- 13	+ 73	+ 60	64	1	88
Rendsburg-Eckernförde	244 900	+ 0,2	+ 0,8	- 23	+ 426	+ 403	142	4	196
Schleswig-Flensburg	181 644	+ 0,0	+ 0,6	+ 33	- 3	+ 30	76	4	100
Segeberg	209 718	+ 0,1	+ 1,6	- 20	+ 221	+ 201	126	5	167
Steinburg	129 163	+ 0,1	+ 0,1	- 27	+ 119	+ 92	63	3	88
Stormarn	188 748	+ 0,2	+ 2,0	+ 11	+ 418	+ 429	100	5	128
Schleswig-Holstein	2 610 281	+ 0,0	+ 0,5	- 467	+ 1 331	+ 864	1 284	50	1 670

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1980		
	Betriebe am 31. 12. 1980	Beschäftigte am 31. 12. 1980	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1980 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	76	9 675	219	33 015	29 897	339
KIEL	141	27 126	383	93 131	84 704	338
LÜBECK	154	26 115	429	80 763	73 052	330
NEUMÜNSTER	78	10 725	82	33 326	29 718	370
Dithmarschen	85	7 845	334	60 463	48 254	370
Hzgt. Lauenburg	99	9 022	83	65 923	56 803	366
Nordfriesland	57	2 942	78	73 868	59 774	369
Ostholstein	89	6 168	85	79 039	67 646	354
Pinneberg	202	22 624	275	112 879	99 130	381
Plön	47	2 767	33	52 374	44 190	381
Rendsburg-Eckernförde	129	11 226	168	109 848	91 915	377
Schleswig-Flensburg	87	5 165	108	85 852	69 606	384
Segeberg	180	14 995	199	104 186	89 703	430
Steinburg	92	9 925	146	59 473	48 785	379
Stormarn	145	16 137	367	84 720	74 514	398
Schleswig-Holstein	1 661	182 457	2 990	1 128 860	967 691	371

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1980 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1980			Arbeitsmarkt			* Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 11. 1980	Kurzarbeiter Monatsmitte November 1980	offene Stellen am 30. 11. 1980	Schweine insgesamt am 1. 8. 1980	Rindvieh am 3. 6. 1980	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 605,2	+ 4,3	+ 0,4	46	4	8	1 959	1 597	495
Hamburg	1 648,8	- 8,8	- 0,6	25	1	9	13	15	3
Niedersachsen	7 246,0	+ 2,3	+ 0,3	135	18	24	7 322	3 338	1 069
Bremen	694,6	- 4,0	- 0,3	15	1	3	8	22	4
Nordrhein-Westfalen	17 040,7	+ 0,7	+ 0,3	314	78	59	5 811	2 029	626
Hessen	5 587,3	+ 3,7	+ 0,5	70	31	23	1 400	920	297
Rheinland-Pfalz	3 638,7	- 0,2	+ 0,2	56	15	13	760	668	236
Baden-Württemberg	9 235,6	+ 3,7	+ 0,8	91	45	47	2 276	1 883	683
Bayern	10 896,9	+ 3,8	+ 0,5	156	59	48	4 461	5 113	2 014
Saarland	1 068,0	- 4,8	- 0,2	24	8	3	53	73	26
Berlin (West)	1 898,9	- 11,8	- 0,3	35	3	9	4	1	0
Bundesgebiet	61 560,7	+ 1,5	+ 0,4	968	264	246	24 066	15 658	5 454

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im September 1980		
	Beschäftigte am 31. 10. 1980 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Oktober 1980		Produktions- index ³⁾ (1970 = 100) im Oktober 1980	Beschäftigte am 30. September 1980		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	185	2 864	15	.	57	22	1 543	5,9
Hamburg	169	6 430	10	...	31	19	538	3,3
Niedersachsen	721	10 864	25	...	157	22	3 892	5,4
Bremen	90	1 886	25	.	16	23	227	3,3
Nordrhein-Westfalen	2 213	32 686	25	.	298	17	8 348	4,9
Hessen	673	8 470	26	106 ^a	108	19	2 430	4,3
Rheinland-Pfalz	399	6 497	29	139	75	21	1 940	5,3
Baden-Württemberg	1 499	19 706	25	128	200	22	6 336	6,9
Bayern	1 398	16 832	24	136	273	25	6 413	5,9
Saarland	157	2 034	31	140	22	20	548	5,1
Berlin (West)	182	2 204	13	.	35	18	384	2,0
Bundesgebiet	7 686	110 472	24	124	1 272	21	32 599	5,3

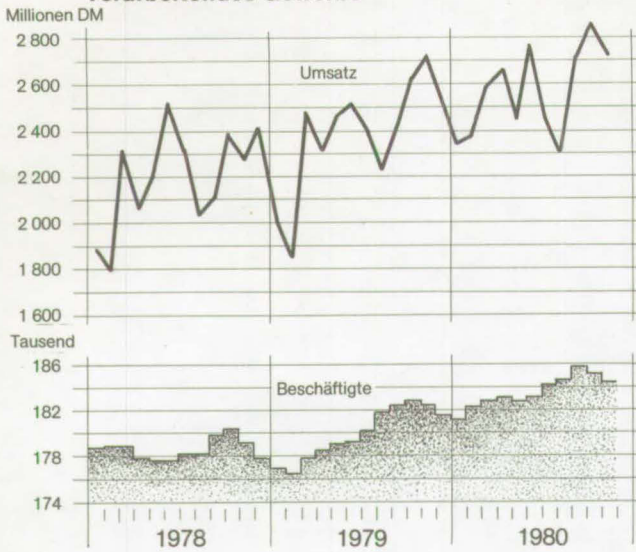
Land	* Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Juli 1980			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Oktober 1980				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 10. 1980 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einw.								
	in 1 000							in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	1 129	968	371	1 642	54	2 074	130	5 067	463	440	...
Hamburg	626	567	344	1 123	15	1 463	132	8 543	809	3 265	...
Niedersachsen	3 200	2 720	375	4 084	176	5 417	137	6 176	468	488	...
Bremen	266	240	346	481	4	545	114	6 988	584	1 201	...
Nordrhein-Westfalen	7 054	6 326	371	9 098	251	11 551	130	6 907	530	808	...
Hessen	2 558	2 226	398	3 111	116	4 040	134	7 668	533	723	...
Rheinland-Pfalz	1 699	1 430	393	2 094	81	2 781	137	6 903	471	544	...
Baden-Württemberg	4 222	3 603	390	5 001	170	6 609	136	7 499	576	769	...
Bayern	4 984	4 076	374	6 273	292	8 321	137	7 932	516	604	...
Saarland	462	415	389	626	17	836	136	6 470	459	467	...
Berlin (West)	640	573	302	1 326	20	1 634	125	6 791	400	1 121	...
Bundesgebiet	26 938 ^b	23 192 ^b	377	34 859	1 196	45 271	133	7 116	524	716	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten
 bereinigt 4) Vorläufige Werte einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe 5) ohne Bundespost und Bundesbahn 6) einschließlich Kombi-
 nationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen
 a) 1976 = 100 b) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

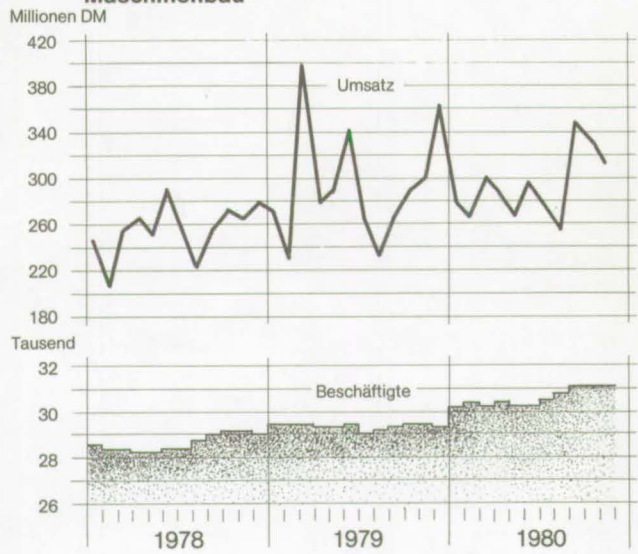
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN • B

Teil A – in den Heften der ungeradzahlgigen Monate – enthält: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Verunglückte im Straßenverkehr; Arbeiterverdienste; Steueraufkommen

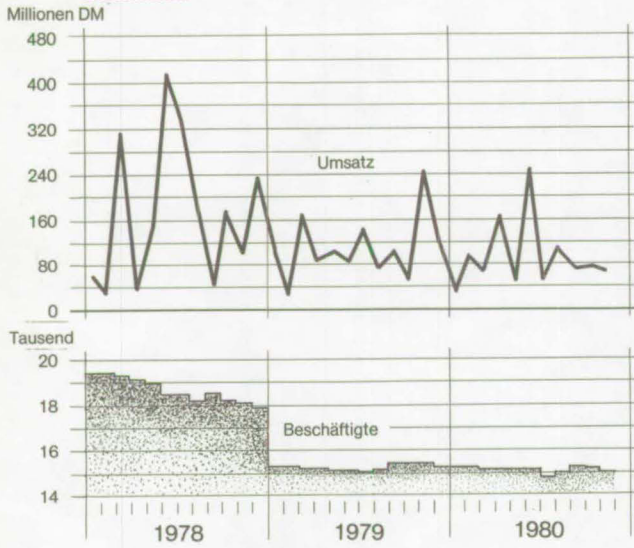
Verarbeitendes Gewerbe*



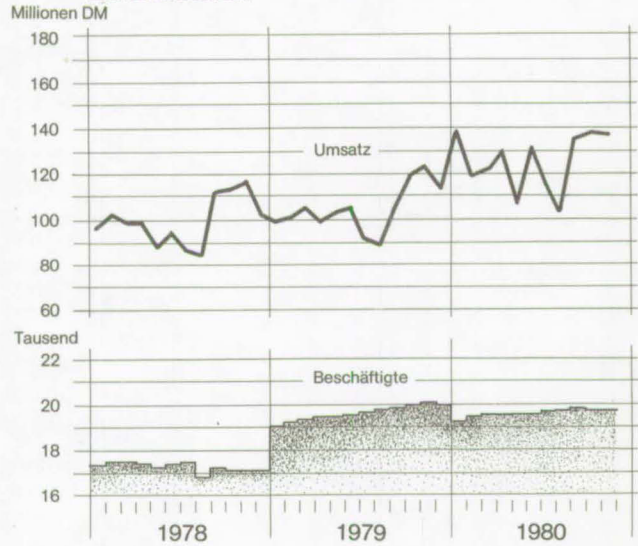
Maschinenbau*



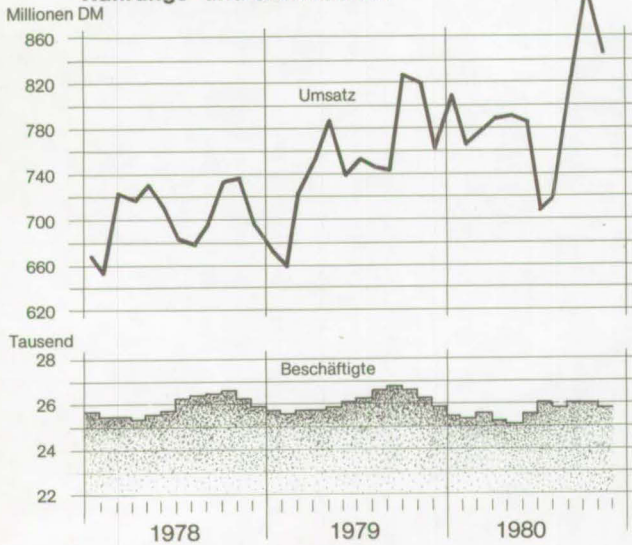
Schiffbau*



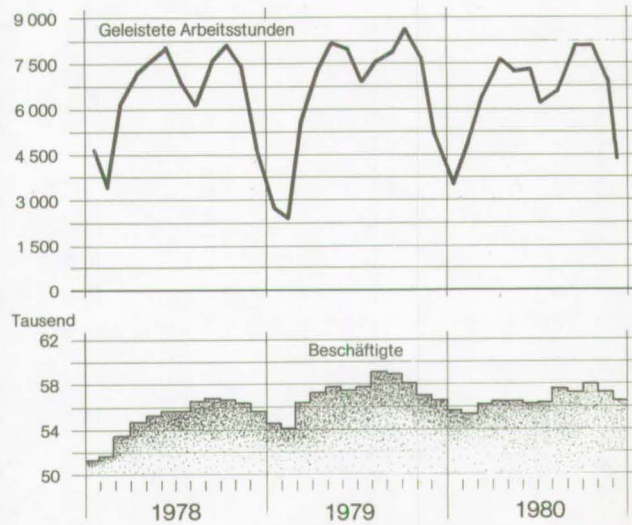
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



* Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

